

info

02/2016

Fliehen Ankommen Bleiben

Schwerpunkt

Wege zur Integration

politik für europa #2017plus

EU vor Bewährungsprobe –
Welche Erwartungen, welche Sorgen?
Eine 8-Länderstudie der Friedrich-
Ebert-Stiftung

gute gesellschaft – soziale demokratie #2017plus

Wie viel Gleichheit brauchen
wir für eine gerechte Gesellschaft?

SCHULE

مدرسه

SCHOOL

مدرسة



SCHWERPUNKT WEGE ZUR INTEGRATION

- 3 **People on the Move**
Migration global gestalten
- 5 **Aus den Augen, aus dem Sinn?**
Flüchtlingspolitik im Jahr 2016
- 6 **Politische Bildung für Geflüchtete?**
Neue Angebote der Bildungsarbeit
- 7 **Das Projekt »Die Praxis der Einwanderungsgesellschaft«**
Dalia Dada, eine Teilnehmerin des Seminars »Demokratische Bildung auf Arabisch«
- 8 **Konfliktlösungen verzweifelt gesucht**
Umfangreiches Seminarangebot bundesweit
- 9 **Flucht, Asyl und Integration**
- 10 **Flucht und Schule**
Integration von geflüchteten Kindern und Jugendlichen
- 11 **Gute Netzwerke unverzichtbar**
Ein Interview mit Pauline Endres de Oliveira
- 12 **Langer Weg zu besseren Chancen**
Hochschulzugang für Geflüchtete
- 13 **Integration macht auch Spass**
Stipendiatisches Engagement in der Flüchtlingshilfe
- 14 **Hilfe in Not**
Solidaritätsfonds der FES
- 14 **Jetzt erst recht!**
Fragen an Eva Brackelmann
- 16 **Die (un-)sichtbare Solidarität der Visegrädländer**
Zivilgesellschaftliches Engagement in Ostmitteleuropa
- 17 **Ideen weitertragen**
Das neue Workshop- und Veranstaltungsformat »The Lab«
- 17 **Ankommen in Deutschland**
Fotografien zu Flucht, Asyl und Integration

PROJEKTE

politik für europa #2017plus

- 19 **EU vor Bewährungsprobe – Welche Erwartungen, welche Sorgen?**
Eine 8-Länderstudie der Friedrich-Ebert-Stiftung
- 20 **Gibt es einen Weg zur Fiskalunion?**
Analyse der Hindernisse und Notwendigkeiten
- 21 **»Makroökonomische Steuerung in der EU – Zwischen nationaler und supranationaler Ohnmacht«**
- 22 **Vier Zwickmühlen**
Wachstumsstrategien für Südeuropa
- 22 **Den Euro retten und Europa zusammenhalten**
Die Zukunft der Eurozone
- 23 **Neue Energie für Europa**
Energieunion als Integrationsprojekt
- 24 **Der Unsicherheit begegnen**
Wie die EU in einer krisenhaften Welt für Sicherheit sorgen will
- 25 **»Mehr Europa wagen«**
Stipendiat_innen stellen Forderungen an Politik und Wissenschaft
- 26 **»Europe Could Do Better«**
Stipendiat_innen diskutieren mit Nobelpreisträger Stiglitz
- 27 **»Europa ja, EU nein«**
»Eine politische Utopie« von Ulrike Guérot

gute gesellschaft – soziale demokratie #2017plus

- 29 **Wie viel Gleichheit brauchen wir für eine gerechte Gesellschaft?**
- 30 **Ungleiches Deutschland**
- 32 **Kurswechsel nötig**
Fragen an Dr. Ulrich Schneider
- 32 **Aus Gewerkschaftssicht**
- 33 **Wachsende Ungleichheit als Gefahr?**
Wie die Deutschen über soziale Unterschiede denken
- 34 **Neue Sozialpolitik braucht neue Steuerpolitik**
- 34 **Wohlstand besser messen**
Das neue »Magische Viereck« im Realitätscheck
- 35 **Die Gute Gesellschaft**

NOTIZEN

- 36 Notizen
- 41 Leseempfehlungen

Liebe Leserin, lieber Leser

Vielleicht liegt es daran, dass zu Viele zu Lange die Augen verschlossen hatten, vor den Konsequenzen der riesigen Probleme, die sich vor den Toren Europas auftürmen. Nun haben Ströme von Flüchtenden begonnen, sich mit steigender Zahl und Geschwindigkeit auf den Weg zu machen – in eine erhoffte Sicherheit. So wurde die Flüchtlingspolitik fast unvermittelt das bestimmende politische Thema des Jahres 2015 in Europa.

Aber Flucht und Migration prägen das 21. Jahrhundert weltweit, denn an zahllosen Orten wird das Leben immer unerträglicher oder sogar unmöglich. Dazu trägt der Klimawandel bei, genau wie Umweltverschmutzung, Naturkatastrophen und gewaltsame Konflikte.

Es gilt nun, sich den gewandelten Realitäten zu stellen: Deutschland ist ein Einwanderungsland. Es müssen deshalb Antworten auf drängende humanitäre Fragen gefunden werden. Gleichzeitig müssen auch gesellschaftspolitische Zukunftsaufgaben in Angriff genommen werden, die die Integration der Zuwanderer in unsere Gesellschaft möglich machen. Wie gelingt der Zugang zu Schule, Ausbildung und Studium, wie der Einstieg in den Arbeitsmarkt?

Die Friedrich-Ebert-Stiftung greift die Themen Flucht, Migration und Integration in ihrer Arbeit im In- und Ausland in vielfältiger Weise auf. Sie will damit Beiträge leisten, einerseits die Fluchtursachen zu benennen und sie überwinden zu helfen sowie andererseits den Geflüchteten hier bei uns Bildung und Teilhabe an politischen Prozessen zu ermöglichen. Ohne Bildung kann Integration nicht gelingen – nicht die sprachliche, nicht die kulturelle, nicht die soziale Integration.

Der Schwerpunkt dieses Heftes widmet sich den Herausforderungen, denen sich eine verantwortungsbewusste Institution der politischen Bildung und Beratung bei der Bewältigung globaler Verwerfungen und der Integration der Neuankömmlinge heute stellen muss.

Dazu gehört auch, die Risse und Bruchstellen zu identifizieren, die die Stabilität des europäischen Hauses gefährden. Das zentrale Ergebnis einer repräsentativen europaweiten Befragung der FES zeigt die Dringlichkeit: Durch die anhaltende Wirtschaftskrise in vielen EU-Ländern schwindet die Überzeugung, dass die Mitgliedschaft des eigenen Landes auch ein Garant für ökonomische Stärke und breiten Wohlstand sei. Bürgerinnen und Bürger in fünf der acht Länder verbinden mit der EU heute eher Nachteile als Vorteile.

Der Europeil des Heftes beleuchtet daher u.a. einige der Themenfelder, die nach Ansicht vieler Befragter auf europäischer Ebene behandelt werden sollten: die Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Energieversorgung.

Wieviel Ungleichheit erträgt eine Gesellschaft? Ab wann wird der Zusammenhalt durch das Gefühl einer wachsenden Ungerechtigkeit beschädigt? Das Projekt »gute gesellschaft – soziale demokratie#2017 plus« wirft mit einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung zur »Zukunft des Wohlfahrtsstaates« einen Blick auf die Einstellungen der Bevölkerung in diesen Fragen.

Mehr über die Denkanstöße und Handlungsempfehlungen der Friedrich-Ebert-Stiftung für eine gleichheitsorientierte Politik finden Sie in diesem Heft.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre
Die »info«-Redaktion

IMPRESSUM

Herausgeber

Friedrich-Ebert-Stiftung
Kommunikation und Grundsatzfragen
Godesberger Allee 149, D-53175 Bonn
Tel. 0228.883-0 | presse@fes.de
www.fes.de

Redaktion (Text)

Peter Donaiski, Pressestelle Berlin
Hiroshimastraße 17, D-10785 Berlin
Tel. 030.269 35-7038
Fax 030.269 35-9244
peter.donaiski@fes.de

Redaktion (Bild)

Katja Ulanowski, Kommunikation
und Grundsatzfragen
Godesberger Allee 149, D-53175 Bonn
Tel. 0228.883-7036
Fax 0228.883-9207
katja.ulanowski@fes.de

Layout und Satz

NORDSONNE IDENTITY

Druck

Druckerei Brandt GmbH

Bildnachweis

Jürgen Bauer: S. 34
BENEA/Photocase.com: S. 35
Marc Bollhorst: S. 21
G. Borriss: S. 14
Andrey Cherkasov/Fotolia.com:
S. 28/29
Gianluca D'Auri Muscelli: S. 18/19
Dietz-Verlag: S. 27
FES: S. 16-17, 36-40
Mina Gerngroß: S. 6/7
Gerhard P. Müller: S. 9
picture alliance/dpa:
Titel, S. 4/5, 10/11, 12, 14/15, 33
picture alliance/ZB/euroluftbild.de:
S. 23
picture alliance/ZB: S. 24
picture alliance/blickwinkel/McPHOTO:
S. 20
picture alliance/AP Photo: S. 2/3
picture alliance/AP Images: S. 22
Jens Schicke: S. 8
Horst Wagner: S. 26

ISSN 0942-1351

Wege zur Integration



People on the Move

Migration global gestalten

Von Felix Braunsdorf und Daniela Turß

Die Weltbevölkerung ist in Bewegung, und das wird vorerst so bleiben. Flucht und Migration prägen das 21. Jahrhundert, denn an zahllosen Orten wird das Leben immer unerträglicher oder sogar unmöglich. Dazu trägt der Klimawandel bei, der die Heimat vieler Menschen zerstört – genau wie Umweltverschmutzung, Naturkatastrophen und gewaltsame Konflikte. Gleichzeitig wird die Kluft zwischen Gewinner_innen und Verlierer_innen der Globalisierung immer größer. Entsprechend suchen Millionen von Menschen eine bessere Zukunft jenseits ihrer Heimatländer. Während die Zahl der internationalen Migrant_innen konstant ansteigt, sind die Zahlen der Geflüchteten und Binnenvertriebenen in den letzten Jahren regelrecht explodiert. Bisher ist Europa weder das primäre Ziel dieser Menschen, noch trägt es die Hauptlast oder nimmt die meisten von ihnen auf. Nur haben Politik und Öffentlichkeit in Europa und Deutschland das weltweite Ausmaß von Flucht und Vertreibung lange Zeit verdrängt.

Tatsächlich leben die meisten Geflüchteten in Entwicklungsländern, wo sie zumeist in Lagern untergebracht sind, und das jahrelang unter schwierigen Bedingungen. Die FES-Politikanalyse »Jenseits von Lampedusa« zeigt auf, dass viele Geflüchtete aus Ländern im Nahen Osten und Nordafrika nach Europa weiterreisen, weil sie andernorts keine Perspektive haben. Die Autor_innen plädieren dafür, Konflikte und Armut nicht erst dann in den Blick zu nehmen, wenn die Betroffenen bei uns ankommen.

→ www.fes.de/lnk/1u-

Außer- und innerhalb von Europa kann die Flüchtlingsarbeit die vielfältigen Probleme vor Ort mildern und Menschen akut unterstützen. Allerdings wird sie überwiegend als kurzfristige, humanitäre Hilfe praktiziert und hat damit eine

wesentliche Schwachstelle: Je länger die Situationen anhalten, desto deutlicher wird, dass sie den Betroffenen keine individuellen Entfaltungsmöglichkeiten bietet. Daher sollte Arbeit für und mit Geflüchteten entwicklungs- statt hilfeorientiert sein, fordert Ulrike Krause in einer kürzlich erschienenen FES-Studie. Insbesondere sollte es darum gehen, die nachhaltige Entwicklung von Aufnahmeregionen zu unterstützen und die Kompetenzen der Migrant_innen zu fördern. Unabhängig davon, wo Menschen eine neue Heimat finden, gewähren ihnen nur langfristige Lösungen eine wirkliche Perspektive und wahren ihre Rechte, etwa, indem sie in ihrem Aufnahmeland dauerhaft und lokal integriert werden.

→ www.fes.de/lnk/264

Doch die Politik in Europa setzt lieber darauf, Migration zu verhindern, statt sie zu gestalten. Wenn Migration zum Straftatbestand wird und legale Einreisewege geschlossen werden, dann hat das negative Folgen für die Herkunfts-, Durchgangs- und Zielländer. In Extremform sehen wir das in der derzeitigen Politik der EU, die auf Abschottung setzt und darauf, das »Problem« Migration in Drittstaaten auszulagern. Dabei verdeutlichte ein Workshop der FES mit afrikanischen und europäischen Teilnehmer_innen, dass beide Kontinente von Migration profitieren können – immerhin haben Migrant_innen in der Vergangenheit auf allen Seiten des Mittelmeeres dazu beigetragen, Gesellschaften, Staaten und Wirtschaftssysteme weiterzuentwickeln. Umso wichtiger ist es, dass europäische und afrikanische Staaten in Migrationsfragen auf Augenhöhe zusammenarbeiten. Dazu muss die EU zunächst anerkennen, dass nicht die Migrationsbewegungen Richtung Europa, sondern die innerhalb des Kontinents die größte Herausforderung für afrikanische Länder ist.

→ www.fes.de/lnk/26x



Währenddessen führt die EU einen ›Krieg gegen die Schlepper‹, statt zu fragen, wie die Nachfrage nach ihrer ›Dienstleistung‹ reduziert werden kann – zum Beispiel durch sichere, legale Einreisewege. Den Preis für die fehlgeleitete EU-Politik zahlen die flüchtenden Menschen, die teure, längere und gefährlichere Routen auf sich nehmen müssen. Diesen Missstand schildert ein FES-Working Paper und zeigt, dass an den EU-Außengrenzen ein regelrechter Markt für ineffektive Kontroll- und Sicherheitsmaßnahmen entstanden ist, der sich selbst am Leben erhält. Dieser Teufelskreis kann nur gebrochen werden, wenn Politiker_innen die Anreize für den ›Grenzsicherheitsmarkt‹ abbauen.

→ <http://www.fes.de/lnk/26y>

Mit Blick auf viele dieser Themenfelder könnte das Jahr 2016 zu einem globalen Entscheidungsjahr werden. Das Thema Migration und Flucht ist auf allen Politikebenen so präsent wie nie zuvor und wichtige Konferenzen stehen an, unter anderem zur Syrienkrise, zum Humanitären System, zu globalen Fluchtbewegungen sowie zu Migration und Entwicklung. Es ist zu hoffen, dass die Weltgemeinschaft bei diesen Gelegenheiten berücksichtigt, dass Migration zahlreiche Politikfelder berührt, und nicht nur aktuelle ›Krisensituationen‹ im Blick hat. Zwar muss sie akute Herausforderungen bewältigen, die Grundversorgung der Geflüchteten gewährleisten und die Hauptaufnahmelande stabilisieren und entlasten; mittelfristig müssen allerdings auch globale und regionale Migrationsregime gestaltet und Konflikte konsequent bearbeitet werden. Langfristig sollte in den Fokus der internationalen Politik rücken, was die zentralen Ursachen von Kon-

flikten sind und warum Menschen ihre Heimat verlassen. Dabei muss sich Europa seiner Verantwortung stellen und Flucht und Migration als das behandeln, was es ist: ein globales Phänomen, das nicht erst an den EU-Außengrenzen relevant wird.

Grundsätzlich muss immer beides gestaltet werden: das Recht zu bleiben, also die Lebensbedingungen vor Ort, und das Recht zu gehen, also sichere Flucht- und Migrationswege sowie Integration. Die FES setzt sich in ihrer internationalen Arbeit intensiv mit diesen Thematiken auseinander und möchte insbesondere den Ländern des globalen Südens in der deutschen Debatte Gehör verschaffen. Bei der Entwicklung von Zukunftsszenarien stützt sich die FES auf ihr weltweites zivilgesellschaftliches Partnernetzwerk und arbeitet mit internationalen Organisationen wie der Internationalen Organisation für Migration (IOM) zusammen. Im Rahmen des umfassenden Themenschwerpunkts ›Flucht, Migration und Integration‹ klärt die Abteilung Internationale Entwicklungszusammenarbeit über die weltweiten Fluchtursachen auf und thematisiert ›Fluchtursachen made in Europe‹. Dies alles im Sinne der UN-Nachhaltigkeitsziele: Alle Länder der Erde müssen dazu beitragen, dass kommende Generationen eine Chance auf ein erfülltes Leben haben – ohne dafür ihre Heimat verlassen zu müssen. ●

Felix Braunsdorf ist zuständig für den Themenbereich Migration und Entwicklung im Referat Globale Politik und Entwicklung.

Daniela Turß ist zuständig für die Öffentlichkeitsarbeit des Referats Globale Politik und Entwicklung.

Aus den Augen, aus dem Sinn? Flüchtlingspolitik im Jahr 2016

Von Dr. Dietmar Molthagen

Die Zahlen sind bekannt: Laut dem EASY-Registrierungssystem der Polizei kamen 2015 rund 1,1 Mio. geflüchtete Menschen nach Deutschland – bis zu 10.000 pro Tag. Diese Entwicklung kam für Fachleute nicht überraschend, da die Hauptgründe für die Flucht seit Jahren bestehen. Auch die FES hat immer wieder darauf hingewiesen, dass sich Deutschland und Europa angesichts globaler Krisen auf steigende Flüchtlingszahlen einstellen müssen.

→ <http://www.fes.de/GPol/inhalt/friedenunsicherheit.htm>

Die große Zahl der Geflüchteten und das hohe Tempo, in dem sie gekommen sind, bringen immense Herausforderungen mit sich: Unterbringung, medizinische Versorgung, rechtsstaatliche Verfahren und erste Integrationsangebote mussten schnell und zahlreich sichergestellt werden. Insgesamt haben die deutsche Verwaltung und Gesellschaft diese immense Herausforderung bewältigt, trotz einiger schlimmer Fehler und oftmals allein aufgrund des großen ehrenamtlichen Engagements. Die FES hat dabei ihren Beitrag geleistet und allein 2015 bundesweit über 50 Seminare für Helfer_innen angeboten, die über das deutsche Asylrecht und praktische Fragen der Integration informierten sowie Vernetzung und Kooperation ermöglichten.

Die Bewältigung kurzfristiger Herausforderungen war und ist zentrales politisches Thema in Deutschland. In zwei »Asylpaketen« hat der Bundesgesetzgeber neue Regeln für Migration und Integration verabschiedet sowie Bundesmittel – vor allem für Kommunen – zur Verfügung gestellt. Die Debatte zwischen Bund, Ländern und Kommunen über die Verteilung der finanziellen Lasten sowie der Kompetenzen bei der Integration von Geflüchteten war und ist ein Dauerthema auf der politischen Agenda. Die FES wird im September hierzu zwei Gutachten mit Vorschlägen zu einer Neuverteilung der Aufgaben veröffentlichen.

→ <http://www.fes.de/wiso/content/migration-integration.php>

Die Flüchtlingspolitik ist Hauptthema auch der internationalen Politik. Die EU befindet sich dabei in einer langanhaltenden Zerreißprobe. Die wenigen Einigungen wurden überaus mühsam erzielt, während die Neigung zu nationalen Alleingängen erheblich zugenommen hat. Dazu gehört auch die Entscheidung der Bundeskanzlerin, im August 2015 die Grenze für Geflüchtete zu öffnen und damit das Dublin-System der EU de facto auszusetzen. Viele andere Staaten haben seither andere Alleingänge unternommen und die EU ist in der Flüchtlingspolitik uneinig, denn je. Einen Überblick über

die Situation der europäischen Flüchtlingspolitik gibt ein FES-Gutachten »Flüchtlingspolitik der Europäischen Union«.

↓ <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/12108.pdf>

Alle Diskussionen und Maßnahmen der Flüchtlingspolitik finden in einem aufgeheizten Meinungsklima statt. Erstmals hat sich in Deutschland eine große rechtspopulistische Bewegung formiert, für die die Flüchtlingspolitik einen »Glücksfall« (AfD-Vize Alexander Gauland) bedeutet. Straf- und Gewalttaten gegen Flüchtlingsunterkünfte haben erheblich zugenommen und die politische Kultur ist vergiftet. Auch dies ist kaum überraschend, haben doch die »Mitte«-Studien der FES seit Jahren darauf hingewiesen, dass rechtsextreme Einstellungen – insbesondere Fremden- und Islamfeindlichkeit – in weiten Teilen der Bevölkerung zu finden sind. Im November 2016 wird die nächste Mitte-Studie erscheinen, diesmal mit Daten zu den Einstellungen gegenüber Geflüchteten und zur Flüchtlingspolitik.

→ <http://fes-gegen-rechtsextremismus.de>

Im Frühjahr 2016 ist die Flüchtlingspolitik zum ersten Mal seit Monaten von den meisten Titelseiten verschwunden. Die Zahl neuankommender Geflüchteter sinkt, die langfristigen Herausforderungen bleiben jedoch aktuell: Wie gelingt der Zugang zu Schule, Ausbildung und Studium, wie der Einstieg in den Arbeitsmarkt? Wie kann soziale Segregation verhindert werden, wie sichern wir gerechte Teilhabe aller in der vielfältiger werdenden Gesellschaft? Das »Jahrzehnt der Integration« (Yasmin Fahimi) hat gerade erst begonnen und die FES macht dafür Vorschläge. Mehrere Gutachten zu Bildungspolitik, Arbeitsmarktzugängen, Stadtentwicklung und Teilhabemöglichkeiten werden 2016 erscheinen, die dann sämtlich in einen großen Integrationskongress münden, der im März 2017 in Berlin stattfinden wird.

Im Juli 2016 startet eine »Roadshow« – dezentrale Informationsveranstaltungen zu »Fluchtursachen made in Europe?«, individuellen Fluchtschicksalen und dem Blick in andere Weltregionen. Zudem baut die FES auf einem zentralen Themenportal eine Video-Mediathek zu unterschiedlichen Perspektiven auf Fluchtursachen von Menschen vor Ort auf.

Die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema ist gebündelt im Portal »Flucht, Migration, Integration«.

→ www.fes.de/de/dossier-flucht-migration-integration

Dr. Dietmar Molthagen ist Referent für den Arbeitsbereich Integration und Teilhabe.

Politische Bildung für Geflüchtete?

Neue Angebote der Bildungsarbeit

Von Thilo Schöne

»Ist das unsere Aufgabe?«

»Mit wem genau?«

»Interessieren die sich überhaupt für Politik?«

Immer wieder werden solche Fragen inner- und außerhalb der Friedrich-Ebert-Stiftung im Zusammenhang mit der im Herbst 2015 begonnenen Seminarreihe »Demokratische Bildung auf Arabisch« gestellt. Diese Fragen sind berechtigt und sollen hier geklärt werden. Die Antwort auf die Frage nach politischer Bildung mit Geflüchteten lautet eindeutig: Ja!

Warum ist das sinnvoll?

Die FES möchte Menschen eine Teilhabe an politischen Prozessen ermöglichen, denen diese sonst zu oft verwehrt ist. Geflüchtete erleben so Demokratie oft zum ersten Mal hautnah. Sie kommen ins Gespräch mit politisch Verantwortlichen und werden gestärkt in ihrem Verständnis von Teilhabe. In den Seminaren werden demokratische Werte vermittelt und erarbeitet, ohne erhobenen Zeigefinger. Alle Sichtweisen werden ernst genommen. Gestärkt werden soll so die Abwehrfähigkeit gegenüber Extremisten, die versuchen, die Geflüchteten zu vereinnahmen.

Wieso gerade die FES?

Demokratische Bildung ist das Kerngeschäft der FES. Interaktive Methoden der Wissensvermittlung und wirkungsvolle Lernprozesse werden auf der Basis langjähriger Erfahrung angepasst und weiterentwickelt. Da lag es nahe, Seminare nicht nur auf Deutsch, sondern auch auf Arabisch und bald Persisch anzubieten. Denn auf ausreichende Sprachkenntnisse zu warten, verschwendet wertvolle Zeit.

Nicht zu vergessen: Es macht sonst niemand. Erwachsenen Geflüchteten eröffnet sich nicht die Möglichkeit, in der Schule etwas über Politik zu lernen. Als Nicht-Wahlberechtigte stellen sie auch keine der Zielgruppen dar, die von den Parteien umworben werden und Integrationskurse bieten wenig politisches Grundlagenwissen.

Wer sind die Teilnehmer_innen?

Menschen, die hierher geflohen sind, sich für Deutschland und seine Werte interessieren und sich um Integration bemühen. Dabei gibt es keine Ausschlusskriterien: nicht die Bleibeperspektive, nicht die Religion, nicht das Geschlecht, nicht das Herkunftsland. Wer Deutschland wieder verlassen will oder muss, nimmt trotzdem etwas aus der politischen Bildung mit. Hier ist die Schnittstelle zur praktischen Entwicklungszusammenarbeit, indem Menschen demokratische Ideen und Erfahrungen in ihre Heimatländer mitnehmen und auf diese Weise angeregt wurden, beim Aufbau staatlicher und zivilgesellschaftlicher Strukturen mitzuwirken.



Welche Angebote gibt es?

Zentrales Angebot sind bundesweite muttersprachliche Seminare zu demokratischer Bildung. Sie bestehen aus theoretischen und praktischen Elementen zu den Werten des Grundgesetzes und ihrer Bedeutung in Alltagssituationen. In Planspielen werden politische Prozesse verdeutlicht und durch Diskussionen mit Politiker_innen ergänzt.

Geflüchtete, die sich als ehrenamtliche Helfer engagieren, können von Qualifizierungsseminaren Gebrauch machen. Andere berichten in Kulturveranstaltungen über ihre Erfahrungen mit Vertreibung, Flucht und dem Ankommen. Zusätzlich finden dezentral an verschiedenen Orten »Help Days« statt, die methodisch vielfältig dafür sorgen, dass sich Geflüchtete, ehrenamtliche Helfer_innen sowie die lokale Verwaltung kennen lernen und zusammenarbeiten können. ●

»Können die Deutsch?«

»Nur die mit Bleibeperspektive?«

Thilo Schöne ist verantwortlich für das Projekt »Die Zukunft der Einwanderungsgesellschaft«.

ERFAHRUNGSBERICHT

Das Projekt »Die Praxis der Einwanderungsgesellschaft«

Dalia Dada, eine Teilnehmerin des Seminars
»Demokratische Bildung auf Arabisch«

»Ich kam aus Syrien, um in Deutschland mein Leben in Ruhe und Frieden führen zu können. Ich will die deutsche Sprache gut beherrschen und die Kultur des Landes kennenlernen.

Das Leben in Deutschland gefällt mir, weil es Demokratie gibt und die Rechte von Frauen geachtet werden. In Damaskus war ich mehrere Jahre für eine internationale Bank tätig, hier würde ich mich gerne weiterbilden oder studieren, um eventuell in einer Bank zu arbeiten und so bald wie möglich ein eigenes Auskommen zu haben. (...)

Das Thema des Seminars hat mich angesprochen. Ich interessiere mich für die Demokratie in Deutschland wie sie funktioniert und wer die Gesetze in Deutschland macht. Ich interessiere mich auch dafür, wie die verschiedenen Instanzen zusammenarbeiten.

Im Seminar habe ich vieles über meine Rechte und Pflichten in Deutschland erfahren. Besonders die Simulation einer Pressekonferenz hat mir geholfen, ein Problem mit den Augen anderer Menschen zu sehen und ihre Meinung besser zu verstehen. Als Ergebnis des Seminars habe ich angefangen, anderen Geflüchteten zu helfen, Lösungen für ihre Probleme zu finden, zum Beispiel bei der Versendung von E-Mails oder bei Übersetzungsfragen. Ich habe Informationen über kulturelle Veranstaltungen per WhatsApp an die Seminarteilnehmer_innen weiter gegeben. Ich freue mich über die Kontakte, die durch das Seminar entstanden sind und dass ich anderen helfen kann. Ich danke denen, die das Seminar vorbereitet haben.«





REGIONALE ARBEITSLINIEN

Konfliktlösungen verzweifelt gesucht Umfangreiches Seminarangebot bundesweit

Von Dr. Dietmar Molthagen

Als im Jahr 2015 das Thema Flucht die politische Agenda dominierte, begann auch in der Friedrich-Ebert-Stiftung eine intensive Beschäftigung mit diesem Thema. Am Ende des Jahres konnte allein im Inland auf über 500 Veranstaltungen – Seminare, Diskussionsforen, Fachtagungen, Angebote für Jugendliche und Kulturabende zurück geblickt werden. Im laufenden Jahr gehen diese Aktivitäten mit gleicher Intensität bundesweit weiter. Einige wenige Beispiele illustrieren die dezentrale Arbeit der FES-Landesbüros:

»Konfliktlösungen verzweifelt gesucht« lautet der Titel eines Diskussionsforums in Hessen über die aktuelle Lage in Syrien und Irak, eine Bündelung von Expertise der FES im In- und Ausland. Ähnliche Angebote gibt es zur Lage in Afghanistan, zur Situation in den Westbalkanstaaten und zur EU-Flüchtlingspolitik u.a. in Bayern, Hamburg, NRW und Thüringen. Individuelle Fluchterfahrungen thematisiert demgegenüber eine Veranstaltungsreihe »Weg und hier – warum Menschen fliehen« in Mecklenburg-Vorpommern.

Ein umfangreiches Seminarangebot der FES bietet beispielsweise interkulturelle Trainings für die Arbeit mit Geflüchteten in Sachsen-Anhalt an, Seminare zu Fragen des Asylrechts in Brandenburg und Sachsen sowie zur Stärkung des ehrenamtlichen Engagements in der Flüchtlingshilfe. Kulturelle Zugänge zum Thema bieten Filmabende (»Die Kinder von Aleppo« in Sachsen, »Willkommen auf deutsch« in Hessen und Berlin) oder Lesungen aus Erlebnisberichten von Geflüchteten im Bayernforum. Viele Angebote richten sich an Jugendliche, darunter Planspiele zum deutschen und europäischen Asylsystem in Hessen, Baden-Württemberg und Thüringen sowie ein Rechercheworkshop »Auf der Flucht« für Schülerzeitungsredakteure in Niedersachsen.

Integrationsfragen der Bildungs- oder Arbeitsmarktpolitik wurden von allen Landesbüros thematisiert. Schließlich haben sich viele Veranstaltungen mit Fragen der Willkommenskultur und dem Rechtspopulismus befasst. ●



BEISPIEL NRW

Flucht, Asyl und Integration

Von Martin Pfafferott

Veranstaltung »Miteinander arbeiten in Dortmund« am 18. Januar: Drei Flüchtlinge, die in Dortmund leben, berichten über erste Schritte in den Arbeitsmarkt. Ahmad Al Jawad betonte, dass ihm seine deutschen Sprachkenntnisse eine Zusage für einen Ausbildungsplatz gebracht hätten. Auch hob er die Bedeutung der Unterstützung bei Behördengängen oder Bewerbungen hervor.

NRW ist das Bundesland mit einer Tradition der Vielfalt. Man denke an die »Ruhrpolen« der vorletzten Jahrhundertwende, die Schimanskis im Ruhrgebiet oder Podolskis im Rheinland.

»Miteinander in NRW« – unter diesem Titel fasst das Landesbüro NRW seit Anfang 2016 Angebote der politischen Bildung zu den Themen Flucht, Asyl und Integration zusammen. Die Ausrichtung betont dabei das Positive und Gelingende, ohne blind für Herausforderungen und auch Ängste zu sein.

Konkret heißt es dann: »Miteinander arbeiten in Dortmund«, »Miteinander leben in Essen«, »Miteinander stu-

dieren in Köln« oder »Miteinander glauben in Düsseldorf«.

Dabei kommen auch Initiativen vor Ort zu Wort, die in Praxisbeispielen über ihre Arbeit berichten. Das Themenspektrum geht über die Integration von Geflüchteten hinaus. Vielmehr ist die Gesamtgesellschaft gefordert, das Miteinander unter den neuen Vorzeichen auch neu auszugestalten. Dies betrifft alle – die schon lange hier leben und die neu dazugekommen sind, die Alten und Jungen, die mit Arbeit und die ohne, die Rheinländer und die Westfalen.

Martin Pfafferott ist Referent im Landesbüro NRW.



Flucht und Schule

Integration von geflüchteten Kindern und Jugendlichen

Von Burkhard Jungkamp



Ohne Bildung kann Integration nicht gelingen – nicht die sprachliche, nicht die kulturelle, nicht die soziale Integration. Die Kultusminister_innen der Länder sind sich sogar sicher: »Mit Bildung gelingt Integration«. Erfreulich die optimistische Diktion dieser Aussage: Zuversicht statt Zweifel und Vorbehalte. Manches spricht dafür, dass sie Recht haben.

Der Schule kommt dabei eine Schlüsselfunktion zu, so der Tenor auf der Konferenz des Netzwerk Bildung »Flucht und Schule« am 9. März 2016. Allen jungen Menschen unabhängig von der Herkunft selbstbestimmte gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen – das ist ihr Anspruch. Der gilt auch für jene, die nun als Quereinsteiger in unser Bildungssystem eintreten.

2015 kamen ca. 1 Million Asylsuchende nach Deutschland. Etwa 325.000 geflüchtete Schüler_innen, so schätzen die Kultusminister_innen, seien in unser Schulsystem aufgenommen worden – bei ca. 11 Millionen Schüler_innen ein Zuwachs von knapp 3 %. Der finanzielle Mehrbedarf betrage jährlich etwa 2,1 Milliarden Euro, unter anderem um ca. 20.000 zusätzlich benötigte Lehrer_innen zu finanzieren.

Wenn Integration gelingen soll, müssen wir frühzeitig Angebote machen, damit die jungen Geflüchteten schnell aus

den Unterkünften herauskommen. Darum ist es gut, dass alle Länder das Ziel ausgegeben haben, ihnen unmittelbar nach ihrer Ankunft den Erwerb der deutschen Sprache zu ermöglichen. Angebote zur Sprachförderung und zur schulischen Integration werden überall vorgehalten, teils schon in den Erstaufnahmeeinrichtungen. Dazu sind im Eiltempo Sprachlernklassen, Vorkurse und Willkommensklassen eingerichtet worden, eine angesichts des Handlungsdrucks beachtliche Leistung.



Andererseits fällt auf, dass Vorbereitungsklassen für Kinder und Jugendliche ohne Deutschkenntnisse als Formen separater Beschulung offensichtlich eine Renaissance erleben. Über Separation zur Integration: das ist der Trend. Vorgesehen ist die »möglichst schnelle« Integration in das Regelsystem.

Auch das ist auffällig: Schulrechtlich und pädagogisch sind die Vorbereitungsklassen unterschiedlich konzipiert. Mitunter gibt es weder Richtwerte für Einrichtung und Klassengröße, für Verweildauer und den Übergang in Regelklassen, noch sind Unterrichtsinhalte und Lernziele festgelegt. Darauf haben viele Lehrer_innen mit Engagement und Pragmatismus reagiert. Wichtig ist, dass der anfängliche Krisenmodus nun abgelöst wird durch schlüssige pädagogische



Konzepte, klare Strukturen und die Bereitstellung entsprechender Ressourcen.

»Fordern und fördern«, Leitprinzip nicht nur des künftigen Integrationsgesetzes, sondern jedweder pädagogischer Praxis, meint mehr als die Kompensation von Defiziten. Selbstverständlich müssen junge Geflüchtete die deutsche Sprache beherrschen, selbstverständlich sollen sie mit den Grundwerten und -rechten unserer Gesellschaft vertraut sein. Aber sie bringen, wie alle anderen Kinder auch, wertvolle Sprachkenntnisse, Kompetenzen und Erfahrungen mit, von denen andere lernen können. Darauf sollten schulische Integrationskonzepte aufbauen. Die Einwanderungsgesellschaft, das belegt die öffentliche Diskussion der vergangenen Monate, ist nicht selbsterklärend. Sie muss aktiv gelernt werden. Schule kann dazu beitragen. ●

→ Siehe auch: <http://library.fes.de/pdf-files/studienfoerderung/12406.pdf>

Burkhard Jungkamp ist Staatssekretär a. D. und Moderator des Netzwerk Bildung der FES.

INTERVIEW

Gute Netzwerke unverzichtbar

Ein Interview mit Pauline Endres de Oliveira



Arbeit mit Geflüchteten heißt, Tag für Tag mit der rasanten Entwicklung Schritt zu halten. Die Rechtsanwältin Pauline Endres de Oliveira, die Mitglied der Fachkommission Asyl von Amnesty International ist und von 2013 – 2015 als Consultant des UN-Flüchtlingswerks tätig war, erklärt, welche Rolle dem ehrenamtlichen Engagement zukommt. Die Stipendiatin Elisa Seith hat am Rande einer von

Stipendiat_innen der FES organisierten Europa-Konferenz (s. Seite 25) mit ihr gesprochen:

Viele von uns engagieren sich im Flüchtlingsbereich, oftmals ohne viel Vorwissen. Gibt es auch falsche Formen von Engagement?

Das Sprichwort »Nicht alles, was gut gemeint ist, ist gut« trifft in manchen Bereichen schon zu. Besonders wenn parallele Strukturen zwischen Hauptamt und Ehrenamt entstehen. Da muss von beiden Seiten auf Kommunikation und Koordination geachtet werden, um Probleme zu vermeiden. Aber der Wille zu helfen, ist natürlich sehr positiv zu bewerten. Ich habe unzählige tolle und kreative Projekte gesehen. Aber Alleingänge, die die Behörden umgehen wollen, sind das Problem, nicht das Engagement.

Wie lassen sich diese Probleme vermeiden?

In den Medien und an den Reaktionen der Menschen sieht man, dass es noch viele Wissenslücken gibt. Gleichzeitig ist der Informationsbedarf sehr groß. Dafür ist etwa diese Konferenz Gold wert. Man muss Informationen zusammenfassen, transparent und nachvollziehbar machen. Es ist nicht zu unterschätzen, was eine solche Transparenz und ein »waches Auge« der Öffentlichkeit für eine Wirkung auf die Abläufe in der Politik haben. Neue Netzwerke müssen entstehen, um Klarheit zu schaffen und das muss schnell und effizient geschehen.

Perspektivwechsel: Wie ist die Situation für Leute, die hier als Geflüchtete ankommen?

Der erste Schritt ist der Kontakt mit einer Behörde oder der Polizei. Wenn diese Menschen dann das Stichwort »Asyl« nennen, werden sie an die entsprechende Erstaufnahmestelle weitergeleitet, um dann zu entscheiden, wie sie auf die Bundesländer verteilt werden. Hier ist tatsächlich das Problem, dass die Menschen nicht immer verstehen, was mit ihnen passiert. Da leisten dann Hilfsorganisationen ganz große Arbeit. Sie informieren und erklären, damit die Leute ihre Selbstbestimmung wieder zurückerlangen. Das kann von den Behörden meist gar nicht geleistet werden, es geht oft zu schnell und ist zu kompliziert. Um dem entgegenzuwirken, ist ein gutes Netzwerk von Helfer_innen essentiell wichtig.

Pauline Endres de Oliveira, Rechtsanwältin, ist beim Informationsverbund Asyl und Migration tätig sowie Mitglied der Fachkommission Asyl von Amnesty International.

Die Fragen stellte **Elisa Seith**, Stipendiatin der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Langer Weg zu besseren Chancen Hochschulzugang für Geflüchtete

Von Yvonne Bloss



HÖRSAAL 3

Zur Integration von Geflüchteten gehört auch die Möglichkeit, ein Studium in Deutschland zu absolvieren. Der Weg dorthin ist aber nicht leicht. Bisher gibt es noch keine übergreifende Erfassung des Flüchtlingsstatus an Hochschulen. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die Anfragen und Bewerbungen in den nächsten Jahren stark steigen werden. Welche Maßnahmen sind erforderlich, damit die Hochschulen gut darauf vorbereitet sind? Eine Konferenz der Reihe Hochschulpolitik am 4. Februar 2016 widmete sich den Hürden und Chancen beim Hochschulzugang für Geflüchtete. Die Ergebnisse sind in der Veröffentlichung »Refugees Welcome – Hochschulzugang für Geflüchtete« zusammengefasst.

Die erste Hürde ist oft die fehlende Hochschulzugangsberechtigung. Deshalb haben sich die Bundesländer im Dezember 2015 in einem Beschluss der Kultusministerkonferenz auf ein neues Verfahren bei komplett fehlenden Unterlagen verständigt. Die Studienbewerber_innen können demnach ihre im Heimatland erworbene Hochschulzugangsberechtigung indirekt nachweisen (Plausibilitätsprüfung mit anderen Originaldokumenten bzw. beglaubigten Kopien). Ist dies ausreichend, kann auf ein Prüfungs- und Feststellungsverfahren verzichtet werden.

Ein weiteres Problem ist die Finanzierung des Studiums. Wenn sich Geflüchtete während des Asylverfahrens immatrikulieren, verlieren sie ihren Anspruch auf Sozialleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Sie haben aber auch keinen Anspruch auf BAföG und der Zugang zum Arbeitsmarkt steht unter Vorbehalt.

Generell sollte allen Studierwilligen unabhängig von ihrer Herkunft ein Hochschulstudium ermöglicht werden. Bei der Studienplatzvergabe sollte jedoch eine Gleichbehandlung existieren – ohne spezielle Studienplatzquoten für Geflüchtete.

Gezielte Unterstützungsmaßnahmen für Geflüchtete können hingegen fluchtbedingte Nachteile ausgleichen. In diesem Zusammenhang sind Studienkollegs eine wichtige Brücke ins Studium, insbesondere um die notwendigen Deutschkenntnisse zu erlangen. Zudem muss langfristig Personal mit den notwendigen Kompetenzen und Qualifikationen ausgestattet werden.

Als Fazit lässt sich festhalten:

Die Politik muss darauf hinwirken, dass Verwaltungsverfahren erleichtert und die Maßnahmen besser aufeinander abgestimmt werden. Der Hochschulzugang für Geflüchtete kann nur gelingen, wenn die Hochschulen in die Lage versetzt werden, ihre Kapazitäten auszubauen. ●



**Refugees welcome – Hochschulzugang
für Geflüchtete: Zusammenfassung der Ergebnisse
der Konferenz am 4 Februar 2016**
Von Angela Borgwardt

↓ <http://library.fes.de/pdf-files/studienfoerderung/12515.pdf>

Yvonne Bloss ist Referentin im Bereich Bildungs- und Hochschulpolitik der Abteilung Studienförderung.



Studierende aus Freiburg haben die Initiative »Balkan Relief« gegründet und syrische Flüchtlinge an der mazedonisch-serbischen Grenze mit Schals, Handschuhen und Mützen versorgt.

Integration macht auch Spaß

Stipendiatisches Engagement in der Flüchtlingshilfe

Von Timo Rinke

Von der Versorgung in Erstaufnahmelagern, über Tandem-Programme, Sprachkurse und Beratungsstellen bis hin zu innovativen Ideen, wie die Entwicklung von Apps; der Einsatz von FES-Stipendiat_innen für Flüchtlinge ist vielfältig.

Mittlerweile ist mehr als die Hälfte der Geförderten in der Flüchtlingshilfe aktiv. Das Engagement übersteigt in vielen Fällen den üblichen Rahmen anderer ehrenamtlicher Aktivitäten und sendet eine zentrale Botschaft: Integration macht auch Spaß. Berichtet wird von neuen Freundschaften, einem besseren Verständnis über die Zustände in Krisenländern und wechselseitigen Lernerfahrungen der Kulturen. Dennoch stellen sich auch schwierige Fragen: Wo liegen die Grenzen der persönlichen Belastbarkeit? Wie lässt sich mit Traumata umgehen? Wie lassen sich Ehrenamt und staatliche Strukturen besser verknüpfen? Wie engagiere ich mich sinnvoll?

Besonders auffällig ist das Engagement von Stipendiat_innen, die selbst einen Flucht- oder Migrationshintergrund haben. Viele bieten ihre Türkisch- und Arabischkenntnisse an. Vor allem die syrischen Stipendiat_innen kümmern sich ne-

ben der ehrenamtlichen Tätigkeit auch noch um ihre Angehörigen.

Daneben widmen sich immer mehr Stipendiat_innen auch wissenschaftlich dem Thema Flucht und Migration. Die Arbeiten reichen von »Rechtsschutzprobleme von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen auf der internationalen Ebene« über »Posttraumatische Symptome bei kurdischen Flüchtlingen« bis hin zu Fragestellungen der »Arbeitsmigration«.

In der Rubrik »Engagement der Woche« wird auf der Facebook-Seite der FES-Studienförderung jede Woche eine Initiative vorgestellt.

→ www.facebook.com/FES.Studienfoerderung

Timo Rinke ist Referent in der Abteilung Studienförderung.

Hilfe in Not

Solidaritätsfonds der FES

Von Beate Eckstein



Angesichts der aktuellen Flüchtlingssituation bekommt der Solidaritätsfonds der FES eine neue Dringlichkeit und Bedeutung:

Vor fast fünfundvierzig Jahren fragten sich Stipendiat_innen angesichts einer damals wachsenden Anzahl mittelloser ausländischer Studierender aus Bürgerkriegsländern: »Was können wir für ausländische Studierende tun, die wegen ihrer politischen Überzeugung, wegen ihres Glaubens oder ihrer Hautfarbe nicht in ihren Heimatländern studieren können?«

Daraufhin wurde am 21. Mai 1971 der Solidaritätsfonds der FES gegründet, der diejenigen fördern soll, die sich durch ihr Eintreten gegen Gewaltherrschaft und ihr Engagement für Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Demokratie auszeichnen«. Finanziert wird der Solidaritätsfonds ausschließlich durch Spenden vor allem ehemaliger und aktueller Stipendiat_innen.

Seit der Gründung konnten bereits über 1.000 Studierende und Promovierende gefördert werden. 2015 waren es 36 Personen. Das Spendenaufkommen betrug 2015 rund 333.000.

Die mit Abstand größte Gruppe der Begünstigten ist heute die der Syrer_innen.

Die Ansprechpartnerinnen in der FES werden häufig mit psychischen Erkrankungen und Traumatisierungen der Geförderten konfrontiert. Hinzu kommen oft Probleme mit Ausländerbehörden und die Sorge um den Aufenthalts- oder Asylstatus.

Umso erfreulicher ist, dass fast alle Stipendiat_innen des Solidaritätsfonds ihr Studium erfolgreich abschließen.

→ <http://www.fes.de/studienfoerderung/material>

Beate Eckstein ist Mitarbeiterin in der Studienförderung der FES.



INTERVIEW

Jetzt erst recht!

Fragen an Eva Brackelmann



Sie engagieren sich in der Flüchtlingshilfe. Was hat zu diesem Engagement geführt?

Als im Leipziger Westen eine neue Erstaufnahmeeinrichtung öffnete, sah ich eine Aufforderung zu ehrenamtlichem Engagement dort. Sie suchten jemanden für Nachtschichten – ich bot zwei Termine an und habe am Ende vier Nächte dort gearbeitet. So fing es an und schnell wurde daraus mehr. Heute arbeite ich in der Initiative »Neue Nachbarschaft«, die Begegnungsnachmittage, Infoabende mit und für Geflüchtete, einen Frauengesprächskreis, Deutschkurse sowie Schulungen für Ehrenamtliche anbietet.

Meine Motivation war und ist die Arbeit am Menschen. Und ich profitiere selbst von meinem Engagement. In den vergangenen sieben Monaten habe ich viel über die politische Situation und die Geschichte Syriens und des Irak gelernt, außerdem über muslimischen Glauben sowie die große innerislamische Vielfalt.

Man liest in den Medien viel über Probleme in Flüchtlingsunterkünften sowie von einer schwierigen Zusammenarbeit zwischen Behörden und zivilgesellschaftlichen Initiativen. Welche Erfahrungen machen Sie in ihrem ehrenamtlichen Engagement?

Es stimmt, dass Ehrenamtliche eine Weile die Arbeit von Behörden und vor allem von den Einrichtungsbetreibern ge-



macht haben – gerade in der »wilden Phase« im August/September 2015. Es gab aber immer auch sehr engagierte Behördenmitarbeiter, mit denen man zur Not nachts um Drei telefonieren konnte.

Die Zusammenarbeit hat dann am besten funktioniert, wenn kein organisatorischer Wasserkopf vorhanden war: Mit Studierenden oder mit Kirchengemeinden. Teilweise war aber auch ein starker Paternalismus gegenüber Geflüchteten zu spüren – der in Enttäuschung umschlug, wenn die gutgemeinten Angebote nicht angenommen wurden. Aber zwei Konzertkarten für das Brahms-Requiem sind für einen Geflüchteten an seinem dritten Tag in Deutschland kein besonders hilfreiches Angebot. (...)

Zu den Geflüchteten selbst ist schnell ein intensiver Kontakt entstanden. Man hat auch gemeinsam gefeiert, wie im vergangenen Jahr das Opferfest und ich bleibe auch mit »meinen« Geflüchteten weiterhin in Kontakt. Aber wir mussten auch lernen, uns abzugrenzen und z.B. nicht die Handynummer herauszugeben. Bisweilen entsteht schnell zu viel Nähe, die den Ehrenamtlichen belastet und beim Geflüchteten mehr Hoffnung weckt, als am Ende erfüllt werden kann.

Sie engagieren sich in Sachsen, das durch »Pegida« oder andere Ereignisse oftmals mit Fremdenfeindlichkeit und der Ablehnung von Geflüchteten verbunden wird. Wie erleben Sie diese Debatten und haben diese eine Auswirkung auf Ihr Engagement?

Für mich hat das bedeutet: Jetzt erst recht! Denn Angst ist eine schlechte Beraterin. Wobei es auch an unserer Erstaufnahmeeinrichtung Sachbeschädigung und Nazi-Schmierereien gab. Die generelle Stimmung ist aber entscheidender als einzelne Straftaten. Dass »Pegida« vor dem Untergang des christlichen Abendlandes warnt, ist lächerlich. Wer von denen lebt denn christliche Werte und ist in einer Kirche? Aber es ist natürlich wichtig, aufzuklären und mit den Leuten zu reden. Meine Erfahrung ist, dass man Menschen durch Begegnungen und Gespräche durchaus umstimmen kann. Und

ich glaube fest daran, dass sich auch in Sachsen die Lage langfristig ändert.

Sie haben an Seminaren der Friedrich-Ebert-Stiftung teilgenommen, die Helfer_innen in der Flüchtlingsarbeit unterstützen wollen. Was konnten Sie aus diesen Seminaren mitnehmen?

Die Ehrenamtlichen brauchen den Austausch untereinander, man denkt sonst »Ich bin die einzige ...« Solche Seminare bieten einen geschützten Raum, um auch negativ-Erfahrungen zu thematisieren und den Umgang mit ihnen zu lernen. Zugleich ist es wichtig, auch die eigenen Grenzen kennen zu lernen und zu akzeptieren. Es gibt Fragen, da braucht man Profis – etwa bei der Beratung von Asylverfahren. Generell brauchen wir Angebote, die interkulturelle Kompetenz zu stärken. Gut wären dafür Veranstaltungen für Geflüchtete und Helfer_innen zusammen.

Eva Brackelmann lebt in Leipzig. Sie ist Geschäftsführerin der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen und seit Sommer 2015 ehrenamtlich in Initiativen der Flüchtlingshilfe aktiv.

Die Fragen stellte **Dr. Dietmar Molthagen**.

Die (un-)sichtbare Solidarität der Visegrádländer

Zivilgesellschaftliches Engagement in Ostmitteleuropa

Von Barbara Tiefenbacher und Friederike Kamm



Wir sehen heute die Folgen eines systematischen Versagens der vergangenen Jahre. Es ist uns nicht gelungen, gemeinsame Antworten auf die aktuellen Herausforderungen im Zuge der »Flüchtlingskrise« zu geben. Damit signalisieren wir »Europa funktioniert nicht!« und spielen politischen Kräften rechtsaußen in den V4-Staaten Ungarn, Polen, aber auch in Österreich und weiteren Teilen der EU in die Hände. Wir müssen wieder gemeinsame europäische Lösungen voranbringen. Dazu gehört auch: Ein konsequentes Vorgehen gegen die Entstehung »illiberaler Demokratien« in der EU.



Joseph Weidenholzer ist SPÖ-EU-Abgeordneter und Vizepräsident der sozialdemokratischen Fraktion (S&D) im Europaparlament



Hungary ≠ hungarians! Die ungarische Anti-Migrationsrhetorik ist ein Instrument der ungarischen Regierung und muss in diesem Kontext verstanden werden. Sie spiegelt nicht die Auffassung aller Ungarn wieder. Denn Ungarn ist und war noch nie eine homogene Gesellschaft. Das Konzept einer geschlossenen Gesellschaft wurde erst von politischen Parteien kreiert und propagiert, um Fremdenfeindlichkeit und Ängste zu schüren.



Peter Niedermüller (Ungarn) ist Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion (S&D) im Europaparlament



Ursprünglich ein Zusammenschluss von Polen, Tschechien, Ungarn und der Slowakei mit dem gemeinsamen Ziel der EU (und NATO) beizutreten, macht der Visegrád-Staatenbund 12 Jahre nach seiner Gründung erneut von sich reden. In der Ablehnung der europäischen Flüchtlingspolitik haben die beteiligten Länder einen (kleinen) gemeinsamen Nenner gefunden.

Während sich die Regierungsparteien dieser Länder in einer aggressiven und gar feindseligen Rhetorik gegenüber Geflüchteten üben und dafür viel Aufmerksamkeit und Kritik in der EU ernten, haben in den letzten Wochen und Monaten engagierte Teile der Zivilgesellschaften in den V4-Ländern nicht nur ihre Solidarität mit Schutzsuchenden unter Beweis gestellt,

sondern auch mit Europa. Zig Tonnen an Sachspenden wurden gesammelt und in Flüchtlingslager nach Österreich, auf den Balkan und nach Griechenland geschafft, Advocacy-Kampagnen ins Leben gerufen und Rechtshilfe für Geflüchtete geleistet – dies jedoch unbeobachtet von der europäischen Öffentlichkeit.

Mit dem Ziel, eine bessere Vernetzung unter den zivilgesellschaftlichen Aktivist_innen in den V4-Ländern zu ermöglichen und den Austausch auf europäischer Ebene zu intensivieren, organisierte das FES-Europabüro in Ko-

operation mit den Länderbüros in Polen, Tschechien, Ungarn und der Slowakei im April 2016 ein Dialogforum für Vertreter_innen von NGOs aus den V4-Ländern in Brüssel. Informationen zum FES-EU-Seminar in Brüssel: »Close up: Migration and the Visegrád countries – a more complex picture«.



NEUES FORMAT

Ideen weitertragen

Das neue Workshop- und Veranstaltungsformat »The Lab«

Von Kristin Linke und Florian Dähne

Wie können Barrieren zwischen EU-Bürger_innen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte überwunden werden? Welche konkreten Initiativen sind sinnvoll und erfolgversprechend? Mit diesen Fragen im Gepäck trafen sich am 01. und 02. Mai zwölf junge Menschen (Agents of Ideas) aus Europa in Berlin um gemeinsam über innovative Wege nachzudenken, Integrationsprozesse in Europa zu verbessern. Teil des Formates war unter anderem ein intensives Arbeitstreffen mit Meinungsführer_innen aus Politik und Medien (Agents of Influence). Im Rahmen des neuen und interaktiven Workshop- und Veranstaltungsformates »The Lab« hatten die jungen kreativen Köpfe zwei Tage die Möglichkeit, in einer inspirierenden Atmosphäre gemeinsam nachzudenken. Die Teilnehmer_innen aus Österreich, Deutschland, Belgien, Großbritannien, Syrien und der Ukraine entwickelten in dieser Zeit zwei konkrete Projektideen:

Eine App- und Online-Plattform mit dem Namen »My European Friend« soll es den alten und neuen Europäer_innen ermöglichen, auf der Grundlage überschneidender Interessen, Hobbies oder Anliegen unkompliziert Kontakt miteinander aufzunehmen.

Mit »First Bridges« entwickelte die Arbeitsgruppe einen innovativen Ansatz

um Menschen schon vor Zuteilung einer Arbeitserlaubnis die Möglichkeit zu geben, ein Unternehmen und die dort geleistete Arbeit kennenzulernen. Beim sogenannten »Job Shadowing« soll es Menschen für einen begrenzten Zeitraum ermöglicht werden, einer anderen Person bei ihrer Arbeit über die Schulter zu schauen.

Beide Ideen wurden am zweiten Tag im Rahmen einer moderierten Diskussionsrunde den Vertreter_innen aus Politik und Medien vorgestellt. Teil dieser Runde waren die Politikwissenschaftlerin Gesine Schwan, die Spiegel-Journalistin Ann-Katrin Müller, die Europa-Abgeordneten Brando Benifei und Syliva-Yvonne Kaufmann, sowie Yvonne Nasshoven aus der Europaabteilung des Auswärtigen Amtes. Zwischen den jungen Ideenträger_innen und den Meinungsführer_innen wurden persönliche Kontakte geknüpft, die ein weiterführendes Arbeiten und Weitertragen der Ideen gewährleisten.

Kristin Linke ist Referentin im Referat Westeuropa und Nordamerika.

Florian Dähne ist Referent im Forum Politik und Gesellschaft.

Sind die Staaten Mittelosteuropas tendenziell unsolidarisch und fremdenfeindlich oder braucht der Rest Europas nur einen Sündenbock? Zu den Hintergründen der ablehnenden Haltung der Visegrád-Staaten veröffentlicht die FES eine Publikationsreihe: »Zuwanderung unerwünscht – Die Visegrád-Staaten gemeinsam dagegen«.

→ Mehr dazu auf dem FES Onlineportal Politik für Europa 2017:
<http://www.fes.de/de/politik-fuer-europa-2017-plus>

→ <http://www.fes-europe.eu>

Barbara Tiefenbacher ist Referentin im FES Auslandsbüro in Bratislava.

Friederike Kamm ist Referentin für Justiz und Innenpolitik im FES Europabüro in Brüssel.

AUSSTELLUNG

Ankommen in Deutschland Fotografien zu Flucht, Asyl und Integration

Die jüngsten Fluchtbewegungen haben das Archiv der sozialen Demokratie bewegt, das Leben von Geflüchteten in Deutschland seit Ende des Zweiten Weltkrieges zum Thema zu machen. In drei jeweils chronologisch aufgebauten Kapiteln – UNTERWEGS, ANKOMMEN, BLEIBEN – werden Fluchtursachen, das Leben in der Notunterkunft, die Suche nach dauerhafter Bleibe und Momente von Integration nachgezeichnet. Mit der Zeit von 1945 bis in die frühen 1990er-Jahre wird der Schwerpunkt der Archivalsammlungen abgebildet.

→ Die Ausstellung ist bis zum 7. September in der Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin zu sehen:
 Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin



politik für europa

#2017 plus

Drei Themen widmet sich die Friedrich-Ebert-Stiftung mit ihrem Projekt »Politik für Europa«: die wirtschaftliche und soziale Krise, aufkommende Zweifel an der Demokratie und außen- und sicherheitspolitische Verwerfungen. Während die ersten beiden Herausforderungen die Substanz der politischen Integration beim Bürger infrage zu stellen drohen, könnte die äußere Bedrohung eher mehr Unterstützung für das europäische Projekt hervorbringen. Wir diskutieren progressive Politikvorschläge, die die Sorgen und Befürchtungen der Bürger zur europäischen Integration aufnehmen, die europapolitische Rhetorik auf ihren Gehalt abklopfen und schließlich Anhaltspunkte für eine Europapolitik geben, die näher bei den Menschen ist.

Die FES identifiziert und formuliert in ihrem Projekt »Politik für Europa« für alle Politikansätze und treibt so die Debatte über die Zukunft Europas voran.

EU vor Bewährungsprobe – Welche Erwartungen, welche Sorgen?

Eine 8-Länderstudie der Friedrich-Ebert-Stiftung

Von Hannes Alpen und Arne Schildberg

So wünschenswert und notwendig der große Wurf in Fragen der europäischen Integration erscheint, so politisch gefährlich ist er auch, wenn er an den Bürgerinnen und Bürgern vorbeigeht.

Für die Bürgerinnen und Bürger hat sich die Natur der EU fundamental verändert. Damit haben sich auch deren Ansprüche an die Europapolitik verändert. Dies zeigen die Ergebnisse einer Studie, die »policy matters« im Auftrag der FES in Deutschland, Frankreich, Italien, den Niederlanden, Spanien, Schweden sowie in der Tschechischen und Slowakischen Republik durchgeführt hat.

Ein zentrales Ergebnis der repräsentativen Befragungen: Durch die anhaltende Wirtschaftskrise in vielen EU-Ländern schwindet die Überzeugung, dass die Mitgliedschaft des eigenen Landes auch ein Garant für ökonomische Stärke und breiten Wohlstand sei. Bürgerinnen und Bürger in fünf der acht Länder verbinden mit der EU heute eher Nachteile als Vorteile, eine Furcht, die insbesondere Angehörige der unteren sozialen Schicht teilen. Entsprechend gering ist die Bereitschaft, weitere Kompetenzen in Richtung EU zu verlangen, schon gar nicht im sozialen Bereich.

Heterogene Reaktionen der Befragten

Wenn »Europa« den Bürgerinnen und Bürgern wieder näher gebracht werden soll, müssten die Themen im Zentrum der Europapolitik stehen, bei denen sie sich mehr EU wünschen, und Zurückhaltung gewahrt werden bei den Politikfeldern, die die Bürger lieber von ihren Nationalstaaten geregelt sehen.

Doch Vorsicht ist geboten: So unterschiedlich die einzelnen Länder von den verschiedenen Krisen betroffen sind, so heterogen fielen auch die Reaktionen der Befragten aus. Die Bürgerinnen und Bürger aus dem mediterranen Raum treiben vor allem Sorgen um die wirtschaftliche Entwicklung ihres Landes und die Situation am Arbeitsmarkt um. In den wirtschaftlich starken Ländern überwiegt dagegen eher die Sorge vor der Staatsverschuldung im eigenen Land oder in anderen Mitgliedsländern.

Damit die Europäische Union nicht zu einem Projekt einer besserwisserischen, wohlmeinenden Elite verkommt,

muss sich die öffentliche Debatte aus der eingefahrenen »Mehr-oder-Weniger-Europa«-Polarisierung hin zu einer Debatte über »Welches Europa?« bewegen. Vor allem im Mitte-Links-Spektrum wird die Überwindung nationalstaatlicher Politik schnell mit Progressivität verwechselt. Dass das Abgeben nationalstaatlicher Verantwortung in die Hände einer markoliberalen EU keineswegs die gewünschten Effekte bringt, wird dabei meist ignoriert.

Besonderes Augenmerk sollten die EU-Befürworter daher jenen Themen widmen, bei denen die Bürger eher national orientiert sind. Besonders die Haushaltspolitik wird von den Bürgern als eine nationale Angelegenheit angesehen. Ähnlich sieht es bei der Sozialpolitik aus: Die Bevölkerungen vieler Länder wünschen sich hier klar nationale Kompetenzen – mit Ausnahme der südlichen EU-Länder, die aus Misstrauen in die eigene Regierung offenbar jede sozialpolitische Maßnahme der EU besser finden würden als nationale.

Die gute Nachricht aber ist, dass es eindeutige Mehrheiten für mehr Integration in vielen Bereichen gibt. Für eine stärkere Verlagerung von Kompetenzen auf die europäische Ebene plädieren die Menschen in den Bereichen Außen- und Sicherheitspolitik, Besteuerung globaler Unternehmen, Datenschutz und Energieversorgung. ●

→ <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/12328.pdf>

Der Autor der Studie, **Richard Hilmer**, ist Geschäftsführer und Gründer von **policy matters – Gesellschaft für Politikforschung und Politikberatung mbH**.

Hannes Alpen leitet die Redaktion der Zeitschrift »**Internationale Politik und Gesellschaft**«.

Arne Schildberg ist Koordinator des Projekts »**Politik für Europa**«.

Gibt es einen Weg zur Fiskalunion?

Analyse der Hindernisse und Notwendigkeiten

Von Patrick Stegemann



Manchmal bedarf es des Blicks von außen, um zu begreifen, was die Europäische Einigung eigentlich bedeutet: Sie sei, hat Barack Obama auf seinem Deutschlandbesuch gesagt, »eine der größten politischen Errungenschaften der Neuzeit« – eine Union des Wohlstands und des Friedens. Dass diese große Errungenschaft von vielen Europäern nicht innig geliebt wird, hat viel mit enttäuschten Erwartungen zu tun. Die europäische Idee fußt auch darauf, dass sich die Lebensverhältnisse in den unterschiedlichen Regionen angleichen. In den vergangenen Jahren ist das Gegenteil passiert: Die wirtschaftlichen Unterschiede sind gewachsen, so lag die Wirtschaftskraft der osteuropäischen EU-19-Mitglieder (außer dem wirtschaftlich starken Slowenien), bei unter 50 % des durchschnittlichen BIP. Auch in den von der Staats- und Finanzkrise besonders betroffenen Ländern Südeuropas entwickelt sich die Wirtschaftskraft eher auseinander: Vor allem Griechenland und Portugal erreichen nur rund 55 % der durchschnittlichen Wirtschaftskraft – und das nach mehr als 30 Jahren EU-Mitgliedschaft.

Verschärft wird die Situation dadurch, dass den Mitgliedsländern Instrumente makroökonomischer Steuerung fehlen, weil diese auf die EU übertragen wurden. Der wiederum fehlen die notwendigen Kompetenzen und finanziellen Mittel für eine geeignete Strukturpolitik oder gar eine Finanzausgleichspolitik. »Zur nationalen Ohnmacht gesellt sich die Ohnmacht auf supranationaler Ebene«, sagt daher Carsten Kühl. Der frühere Finanzminister des Landes Rheinland-Pfalz

hat für die FES Möglichkeiten analysiert, dieser Situation zu entkommen.

Die Umstände für eine Vertiefung der Europäischen Einigung sind denkbar schlecht: Die politische Krise um die Verteilung von Geflüchteten hat das ebenso gezeigt, wie die wachsenden nationalistischen Stimmungen in vielen Mitgliedsländern. Dennoch: An einem Umbau der Währungsunion zu einer funktionsfähigen Fiskalunion führt für Kühl kein Weg vorbei – wenn auch »in kleinen Schritten«, wie er sagt. ●



**Makroökonomische Steuerung in der EU –
Zwischen nationaler und supranationaler Ohnmacht**
Von Carsten Kühl

↓ <http://library.fes.de/pdf-files/managerkreis/12508.pdf>

Patrick Stegemann ist freier Journalist.

Zwischen nationaler und supranationaler Ohnmacht

Interview mit Dr. Carsten Kühl



Herr Dr. Kühl, Sie behaupten in Ihrer Studie, dass die makroökonomische Steuerung in der EU mit der Eurokrise an ihre Grenzen gestoßen sei. Was hat sich seitdem verändert?

Über Jahrzehnte schien die Entwicklung EU einer nahezu zwangsläufigen Logik zu folgen: Die Gemeinschaft sichert auf einem immer größer werdenden Territorium mitten in Europa den Frieden, erhöht den Wohlstand seiner Bürger und gleicht die Lebensverhältnisse der Mitgliedsstaaten immer mehr einander an. Zumindest die ökonomische Logik ist seit der Eurokrise ins Wanken geraten. Oder anders ausgedrückt: Es ist deutlich geworden wie labil sie ist.

Wo sehen Sie die Gründe für diese Schwäche?

Es gibt zwei Entwicklungslinien. Die EU wurde erstmals mit der Süderweiterung in den 1980er Jahren und später mit der Osterweiterung in den 2000er Jahren bezüglich der Wirtschaftskraft und Wettbewerbsfähigkeit ihrer Mitgliedsstaaten immer unterschiedlicher, das Wohlstandsgefälle wurde immer größer. Und gleichzeitig wurden immer mehr wirtschaftspolitische Steuerungsinstrumente vergemeinschaftet, also auf die EU übertragen. Stichworte sind z.B. die Zollunion, die Währungsunion, aber auch die Wettbewerbsregeln für den gemeinsamen Binnenmarkt. Ergebnis ist, dass Staaten mit ohnehin geringer Wirtschaftskraft oder zurückgehender Wirtschaftsentwicklung infolge der Krise nur sehr begrenzt Instrumente zur Verfügung haben, um die Wettbewerbsfähigkeit der eige-

nen Volkswirtschaft wenigstens vorübergehend zu stärken.

Aber die EU hat doch in den letzten Jahren auf die Krise mit verschiedenen Maßnahmen reagiert.

Das ist richtig. Zweifellos ist die sogenannte Finanzmarktregulierung ein richtiger Schritt, um zukünftige Krisen, die vom Finanzsektor ausgehen, zu vermeiden, also um Krisenprävention zu betreiben. Und der Europäische Stabilitätsmechanismus, der hoch verschuldeten Staaten Kredite zur Verfügung stellt, um sie vor dem Staatsbankrott zu bewahren, ist als Ultima Ratio ebenfalls in Ordnung, wenngleich nicht al-

ternativlos. Problematisch ist aber, dass mit dem Fiskalvertrag, also den Regeln zur Schuldenbegrenzung, und der sogenannten »Wirtschaftspolitischen Steuerung« Instrumente etabliert wurden, die aus verschiedensten Gründen ungeeignet sind, wettbewerbschwachen Volkswirtschaften oder Krisenstaaten die nötigen ökonomischen Impulse zu verleihen. (...)

Was wären Ihrer Ansicht nach die Alternativen?

Zunächst scheint mir ein Schuldenschnitt, wie ihn auch der IWF verlangt, unvermeidlich, um den öffentlichen Haushalten in den Krisenstaaten wieder eine Perspektive zu geben. (...) Man wird nicht umhin kommen, der Währungsunion sukzessive eine funktionsfähige Fiskalunion an die Seite zu stellen.

Das wird politisch alles andere als einfach werden. Mehr Europa, mehr zwischenstaatliche Solidarität – das trifft nicht den Zeitgeist in den Mitgliedsstaaten. Dennoch: Wenigstens eine Politik der kleinen Schritte hin zu einer Fiskalunion scheint mir unumgänglich, wenn die ursprüngliche europäische Idee – Friedenssicherung durch Solidarität und ökonomische Prosperität – nicht verloren gehen soll.

Dr. Carsten Kühl ist der ehemalige Finanzminister des Landes Rheinland-Pfalz.

Die Fragen stellte Dr. Marc Meinardus, Geschäftsführer des Managerkreises der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Vier Zwickmühlen

Wachstumsstrategien für Südeuropa

Auf der Basis von Länderstudien von Giancarlo Dente (Italien), Domenec Devesa (Spanien), Ricardo Mamede (Portugal) und Jens Bastian (Griechenland) analysiert der Wirtschaftswissenschaftler Dr. Michael Dauderstädt die Ursachen der wirtschaftlichen und sozialen Krisen in Südeuropa und entwickelt Vorschläge zur Überwindung der Herausforderungen, die der Erholung der Volkswirtschaften im Wege stehen.

Das Fazit seiner Studie: Eine Industriepolitik, die im Rahmen einer gesamteuropäischen Strategie die südeuropäischen Standorte fördert, darf nicht allein auf Wettbewerbsfähigkeit und Kostensenkung zielen, sondern muss soziale und ökologische Ziele gleichgewichtig mitverfolgen. Die einseitige Fixierung auf den Schuldenabbau muss hinter der Förderung von Investitionen, Innovation und Bildung zurücktreten.



Wachstumsstrategien für Südeuropa
Von Michael Dauderstädt

⬇ <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/12344.pdf>

Alle südeuropäischen Länder stecken in vier Zwickmühlen:

- 1 Sie müssen investieren, sollen sich aber nicht weiter verschulden.
- 2 Sie sollen eine interne Abwertung durchführen, obwohl schon jetzt Deflation und Nachfragemangel das Wachstum untergraben.
- 3 Sie sollen mehr exportieren, obwohl ihre Binnenmärkte wichtiger und die Bedarfe der eigenen Bevölkerung dringlicher sind und der europäische Markt stagniert.
- 4 Sie brauchen eine Industriepolitik, um ihre Wirtschaftsstruktur zu modernisieren, unterliegen aber den engen Auflagen der europäischen Wettbewerbspolitik.

REFORMVORSCHLÄGE

Den Euro retten und Europa zusammenhalten Die Zukunft der Eurozone

Von Alexander Schellinger und Paula Boks

Die Eurozone stand und steht vor großen Herausforderungen. Die Eurokrise bedroht die Grundlagen der Gemeinschaft und hat gezeigt, dass die Währungs- und Wirtschaftsunion ohne Reformen nicht bestehen kann. Das Grundproblem besteht in der anhaltenden wirtschaftlichen und sozialen Divergenz der Mitgliedstaaten und den Wechselwirkungen zwischen der einheitlichen Geldpolitik und weiterhin nationalen Fiskalpolitiken.

Die Auswirkungen der Finanzkrise haben zu einem verstärkten Intergouvernementalismus geführt, welcher das Abstimmungssystem noch komplexer gestaltet und eine effektive und demokratische Entscheidungsfindung erschwert hat.

Mehr als kleinteilige Reformen nötig

Wirtschaftspolitisch sind die bestehenden Maßnahmen und Regeln zur Einhaltung von Haushaltsvorgaben, Vermeidung von makroökonomischen Ungleichgewichten und Förderung von Stabilität und Wachstum auf Ebene der Eurozone schlicht nicht ausreichend. Der wirtschaftlichen Divergenz zwischen

den Mitgliedstaaten halten sie nicht genug entgegen, wodurch das Fortbestehen der Währungsunion massiv bedroht wird.

Es wird deutlich, dass mehr als kleinteilige Reformen des Regelwerks notwendig sind, um die Eurozone zu erhalten und nachhaltig zu stärken. Dafür müssen auch grundlegende Prinzipien des Maastricht-Regimes in Frage gestellt werden. Das Ziel muss sein, die Wirtschafts- und Währungsunion stärker in gemeinsame politische und soziale Institutionen einzubetten.

Bis 2017 findet die Neu-Bewertung des Fiskalvertrags der Wirtschafts- und Währungsunion statt. Damit steht eine Debatte über eine Anpassung und Neustrukturierung des EU-Finanzrahmens an.

Die FES will mit einem Sammelband zu progressiven Reformvorschlägen, der im Herbst 2016 veröffentlicht wird, dazu einen Beitrag leisten. ●



Alexander Schellinger ist Referent im Arbeitsbereich Internationale Politikanalyse.

Paula Boks ist Autorin für das Themenportal Europa.

Neue Energie für Europa

Energieunion als Integrationsprojekt

Von Dr. Philipp Fink und Robert Schachtschneider



Die Errichtung der Europäischen Kohle- und Stahlgemeinschaft in 1951 bildete den Grundstein für die heutige EU. Jetzt könnte erneut die Energiepolitik zum Motor für eine vertiefte europäische Integration werden. Die Strategie für eine gemeinsame europäische Energiepolitik stellte die EU-Kommission bereits im Februar 2015 vor. Sie umfasst fünf Dimensionen: Versorgungssicherheit und Solidarität, integrierte Energiemärkte, Energieeffizienz, Dekarbonisierung der Wirtschaft, Forschung, Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit.

Doch aus der vorgelegten Strategie alleine kann keine neue Kraft für die Wiederbelebung des europäischen Einigungsprozess entstehen. Anstatt vorhandene und ohnehin geplante Programme und Instrumente in einem neuen Gewand zu präsentieren, sollten Schritte hin zu einer gemeinschaftlichen Energieunion gemacht werden.

Damit aus dem Hoffnungsschimmer ein Leuchtturm der europäischen Integration wird, schlagen wir folgende drei Schritte für die Weiterentwicklung der Energieunion vor:

Die Energieunion braucht klare Zuständigkeiten und Koordinierung

Ein parlamentarisches Forum sollte die für Energiefragen verantwortlichen Parlamentsmitglieder der Mitgliedsstaaten und des Europäischen Parlaments zusammenbringen. Dieses Forum könnte bei der energiepolitischen Entscheidungsfindung im Rahmen von regelmäßigen Konsultationen mit der Kommission und dem Rat mit eingebunden werden.

Schaffung eines gemeinsamen europäischen Energiesystems

Nationalstaatliche Änderungen am jeweiligen Energiesystem müssen europäisch durchdacht, abgestimmt und koordiniert

werden. Die Fortschritte bei der Umsetzung detaillierter Umbauziele zu einem ökologisch nachhaltigen Energiesystem, sind in einem Monitoring-Prozess regelmäßig zu überwachen. Langfristige Investitionen in den Ausbau der erneuerbaren Stromerzeugung, in die Entwicklung von Speicherkapazitäten und die Bereitstellung von kurzfristig abrufbaren Erzeugungskapazitäten müssen ermöglicht werden. Dies schließt die weitere Integration nationaler Stromnetze und den weiteren Ausbau europäischer Stromnetze mit ein.

Integration der Europäischen Energiepolitik in andere Politikbereiche

Damit die Energieunion letztlich erfolgreich weiterentwickelt wird, muss Energiepolitik als ein querliegendes Politikfeld begriffen werden. Denn Entscheidungen in diesem Feld haben Auswirkungen auf andere Politikbereiche (Sozialpolitik, Außen- und Sicherheitspolitik, Fiskalpolitik, Handelspolitik). Umgekehrt gilt das Gleiche. Aus diesem Grund müssen die politischen Ziele aufeinander abgestimmt sein. ●

Dr. Philipp Fink ist Referent für Klima-, Umwelt-, Energie- und Strukturpolitik in der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Robert Schachtschneider war bis August 2015 wissenschaftlicher Mitarbeiter beim ehemaligen wirtschafts- und energiepolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Dirk Becker, MdB.



ANALYSE

Der Unsicherheit begegnen Wie die EU in einer krisenhaften Welt für Sicherheit sorgen will

Von Anna Maria Kellner und Ulrich Storck



Nie zuvor ist Europa so wohlhabend, so sicher und so frei gewesen. Die Gewalt der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist einer in der europäischen Geschichte beispiellosen Periode des Friedens und der Stabilität gewichen. So steht es in der Einleitung der Europäischen Sicherheitsstrategie. Sie entstand Ende 2003 unter der Leitung von Javier Solana in seiner Amtszeit als Hoher Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik. Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass Europa auch im Jahr 2016 ein Kontinent ist, auf dem sich Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit immer noch in beeindruckender Weise vereinen. Doch seit dem Ausbruch der Ukraine-Krise im Frühjahr 2014 sickert langsam ins Bewusstsein der EU-Bürger ein, dass diese Sicherheit ebenso wie der materielle Wohlstand und die Gerechtigkeit gepflegt und auch mühsam erarbeitet werden müssen.

Bezogen auf das geographische Umfeld ist heute von einem »Krisenbogen von der Sahelzone bis zum Kaukasus« oder gar von einem die Europäische Union umgebenden »ring of fire« die Rede. Angesichts der immer unübersichtlicheren Natur der Krisen, ist die Formulierung von Außenminister Frank-Walter Steinmeier von der »aus den Fugen geratenen Welt« beinahe schon zu einem geflügelten Wort geworden. Die in der Strategie von 2003 beschriebenen Instrumente reichen für eine Neuverfugung dieser Welt nicht aus.

Daher beauftragten die europäischen Staats- und Regierungschefs im Juni 2015 die amtierende Hohe Beauftragte für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, mit der Ausarbeitung einer neuen Europäischen Globalen Strategie für Außen- und Sicherheitspolitik. Die Strategie wird in enger Abstimmung mit den Mitgliedsstaaten, EU-Institutionen und europäischen außen- und sicherheitspolitischen Expertinnen und Experten entwickelt. Im Rahmen dieses Prozesses haben Javier Solana, heute Präsident des ESADE Center for Global Economy and Geopolitics, und Mary Kaldor von der London School of Economics gemeinsam mit dem Londoner Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung international anerkannte Experten versammelt, um einen neuen strategischen Ansatz für den Umgang der EU mit Konflikten zu erarbeiten. Diese Human Security Study Group hat nun ihren Berlin Report »From Hybrid Peace to Human Security: Rethinking EU Strategy towards Conflict« vorgelegt. Der Bericht, der auf Fallstudien zu Konflikten und Instrumenten fußt, wurde am 11. Februar 2016 mit deutschen Bundestagsabgeordneten und Expert_innen diskutiert und am 24. Februar offiziell an Natalie Tocci, Sonderberaterin für die Globale Strategie für Federica Mogherini, und ihr Team übergeben.

Die »neuen« Krisen sind, so der Befund des Berlin Reports, nicht mehr als Clausewitz'sche Kriege zwischen zwei Staaten mit legitimen Interessen zu verstehen. Sie sind vielmehr ge-

prägt von »räuberischen sozialen Verhältnissen, in denen Netzwerke von bewaffneten Gruppen extreme Identitäten instrumentalisieren und sich selbst mittels Gewalt bereichern«.

Der Bericht propagiert daher einen Ansatz, der auf einem Konzept menschlicher Sicherheit der zweiten Generation aufbaut, angepasst an die Erfordernisse und Konflikte des 21. Jahrhunderts. Die Autoren argumentieren, dass die EU eine Institution des 21. Jahrhunderts sei, welche die Unterscheidung zwischen inneren und äußeren Faktoren aufheben müsse und ihre außenpolitischen Instrumente nicht mehr losgelöst von der Innenpolitik denken dürfe. Eine Anwendung von klassischen »Outside«-Instrumenten wie zwischenstaatlicher Diplomatie alter Schule und wirtschaftlichen und militärischen Zwangsmaßnahmen auf die Krisen und Konflikte der heutigen Zeit würde, so die Autorinnen und Autoren, die Situation in vielen Fällen nur verschlimmern, bestenfalls einen instabilen Frieden schaffen.

Die Umsetzung eines neuen Konzepts menschlicher Sicherheit erfordert ein sehr fundiertes Verständnis von Land und Region, von lokalen und nationalen Netzwerken, von den maßgeblichen Akteuren und dem Grad ihrer Verankerung in ihren Gesellschaften, von Seilschaften, Abhängigkeiten und Zwängen. Sie erfordert sehr gute Kenntnisse der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklungen und Trends und ihrer wesentlichen Treiber.

Der entscheidende Punkt ist: Die Voraussetzungen, Ressourcen und Quellen für eine solche fundierte Frühwarnung sind im Grunde bereits vorhanden. Sie sind nur auf wenig

effektive Weise verteilt auf 28 Mitgliedsstaaten und eine Vielzahl zwischenstaatlicher Strukturen sowie bi- und multilateraler Programme. Sie werden immer noch viel zu oft eifersüchtig gehütet statt bereitwillig geteilt. Hier ist viel Spielraum für Verbesserung, die weniger materielle Ressourcen braucht als vielmehr einen ausgeprägten politischen Willen.

Eine Alternative dazu gibt es eigentlich nicht. Eine klassische Trennung zwischen Innen- und Außenpolitik gibt es nicht mehr. Außenpolitisches Scheitern wird über kurz oder lang innenpolitisch schmerzlich spürbar, die aktuelle Flüchtlingskrise führt dies der EU deutlich vor Augen. Die geographisch weit entfernten Kriege sind längst zu einem wirkmächtigen Inside-Faktor für die Sicherheit und den Wohlstand Europas geworden. ●



Berlin Report »From Hybrid Peace to Human Security: Rethinking EU Strategy towards Conflict«
Human Security Study Group

↓ <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/london/12373.pdf>

Anna Maria Kellner ist Referentin für Europäische Außen- und Sicherheitspolitik.

Ulrich Storck ist Leiter des FES-Büros in London.

EUROPAKONFERENZ

»Mehr Europa wagen«

Stipendiat_innen stellen Forderungen an Politik und Wissenschaft

Von **Sohel Ahmed** und **Patrizia Albrecht**

Wie schaffen wir ein soziales und solidarisches Europa? Keine leichte Frage, wenn man sich derzeitige Entwicklungen in Europa anschaut. Viele Regierungen tendieren zu Abschottung und Kleinstaaterei, das Leitbild einer europäischen Gemeinschaft steht auf dem Prüfstand. Trotzdem versuchten Stipendiatinnen und Stipendiaten im Rahmen einer Europakonferenz in Gesprächen und Diskussion Strategien zu diskutieren und gemeinsame Forderungen an Politik und Wissenschaft zu formulieren. Jeder Tag der Konferenz war vollgepackt mit viel Input und dem Versuch Denkanstöße und Ideen für das spätere Abschlusspapier zu entwickeln.

Um die Umsetzbarkeit ihrer Forderungen auf politischer Ebene auszuloten, trugen die Stipendiatinnen und Stipendiaten Vertretern der Europaabteilung des Auswärtigen Amtes und der FES sowie dem Bundestagsabgeordneten Rolf Mützenich ihre Kernanliegen vor.

Sohel Ahmed ist Referent in der Abteilung Studienförderung.

Patrizia Albrecht ist Stipendiatin der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Strukturelle Empfehlungen

- mehr Macht für die EU-Kommission
- Einsatz eines Eurozonenbeirats
- Vereinheitlichung des europäischen Wahlrechts
- Schaffung europäischer Wahlkreise

Bildungspolitische Vorschläge

- Harmonisierung von Qualitätsstandards und Bildungszielen
- Einrichtung eines europäischen Bildungsfonds

Forderungen zur Arbeitsmarktpolitik

- Bedingungsloses Grundeinkommen
- Zahlung eines an das jeweilige Lohnniveau angepassten Mindestlohns

Soziale Appelle

- mehr Solidarität in der Flüchtlingsfrage

Zu den vorgeschlagenen institutionellen Veränderungen gehören

- die Einrichtung des ständigen Amtes der/des Hohen Kommissarin/s für Wirtschafts- und Finanzfragen
- die Einrichtung des Amtes der/des Hohen Kommissarin/s für Soziales



DAS EUROPÄISCHE GESPRÄCH

»Europe Could Do Better« Stipendiat_innen diskutieren mit Nobelpreisträger Stiglitz

Von Adrian Barfuß und Stephan Thalhofer

Nahezu acht Jahre nach der Pleite der Investment Bank Lehman Brothers und sechs Jahre nach dem ersten Hilfsprogramm für Griechenland hat sich die Eurozone noch immer nicht von der Finanzkrise erholt. Und obwohl die gewünschten Erfolge ausbleiben und selbst einstige Verfechter der bisherigen Rezepte diesen gegenüber zunehmend skeptisch sind, scheint ein politisches Umdenken noch nicht in ausreichendem Maße stattzufinden.

Dabei könnte es Europa wesentlich besser gehen, so das Motto des diesjährigen Brüsseler Europäischen Gesprächs der Hans-Böckler-Stiftung, zu dem die FES unter anderem mit einer Delegation ausgewählter Stipendiat_innen beitrug. Schon früh in der Krise wurden von Gewerkschaften, Sozialverbänden und weiteren progressiven Kräften in Europa Alternativen zur bisherigen neoliberalen Krisenpolitik propagiert. Unterstützung finden Sie etwa durch den Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph E. Stiglitz, der zum Anlass des Europäischen Gesprächs eine ganze Reihe an Vorschlägen für einen nachhaltigeren und sozialeren Weg aus der Krise darlegte.

Laut Stiglitz ist es höchste Zeit, die einseitige Konzentration auf Einsparungen durch eine stärker antizyklische Nach-

fragestimulation auszubalancieren. Hierzu müssten im Interesse heutiger und kommender europäischer Generationen grundlegende institutionelle EU-Reformen kommen, wie die Schaffung einer europäischen Fiskalkapazität, eine stabile Bankenunion, eine stärkere wirtschafts- und fiskalpolitische Koordinierung der Mitgliedsstaaten sowie größere Spielräume für öffentliche Investitionen.

»Laut Stiglitz ist es höchste Zeit, die einseitige Konzentration auf Einsparungen auszubalancieren.«

In der Runde wiesen Stipendiat_innen darauf hin, dass in der akademischen Lehre nach wie vor dieselben neoklassischen wirtschaftspolitischen Ansätze verbreitet seien, die zunehmend als ein Grund für die Wachstumsschwäche und hohe Arbeitslosigkeit in den Krisenstaaten der EU gesehen werden. Der Kurswechsel auf europäischer Ebene müsse somit auch mit entsprechender kritischer Hinterfragung der wissenschaftlichen Lehre einhergehen. ●

Adrian Barfuß ist Praktikant im Europabüro.

Stephan Thalhofer ist Referent im Europa-Büro der FES in Brüssel.

»Europa ja, EU nein« »Eine politische Utopie« von Ulrike Guérot

Von Marcus Sommerstange



Der aktuelle Zustand des politischen Europas ist ein ziemliches Desaster. So könnte eine knappe Zusammenfassung des ersten Kapitels im neuen Buch von Ulrike Guérot »Warum Europa eine Republik werden muss! Eine politische Utopie« lauten. In dieser Einschätzung waren sich offensichtlich die Gäste der ersten öffentlichen Präsentation des Buches, am 12. April in Berlin, einig. Auch Alfred Grosser, Gesprächspartner der Autorin, mochte dem nicht widersprechen. Und tatsächlich bildet diese in dem Buch begründete Diagnose des gegenwärtigen Europa die Basis, auf der die alternative Idee einer europäischen Republik entwickelt wird.

Dass das Frieden stiftende und politische Stabilität begründende Projekt EU als solches immer weniger wahrgenommen wird, hat vielfältige Gründe. Im Kern aber, so Ulrike Guérot, ist die zentrale Krise Europas »die Krise einer nicht vorhandenen europäischen Demokratie«. Die Gefühlslage der Menschen in Europa bringt sie auf die simple Formel »Europa ja, EU nein«.

Es ist nicht ein näher zusammenrückendes Europa an sich, das von den Menschen infrage gestellt wird. Der Vertrauensverlust begründet sich vielmehr durch die nur bedingt vorhandenen demokratischen Strukturen innerhalb der EU, in der sich vor allem Deutschland zum Hegemon der Eurozone entwickelt hat. Hinzu kommt die scheinbar fehlende Lösungskompetenz für die Bewältigung vielfältiger Herausforderungen, von denen die Flüchtlingskrise nur die aktuell drängendste ist.

Guérots Utopie geht von einer Dekonstruktion der Nationalstaaten aus. An deren Stelle treten starke, autonome Regi-

onen und Städte, die zusammen eine Gemeinschaft umfassend gleichgestellter europäischer Bürger_innen bilden und sich in einer Repräsentation in Form von zentralem Abgeordnetenhaus und Senat verwalten. Eine zentrale These der Autorin lautet, dass die Bürger_innen der heutigen europäischen Nationalstaaten bereit seien, sich auf ein solches

Projekt einzulassen. Gestützt wird diese Annahme durch Erkenntnisse einer WZB-Studie, wonach es schon heute eine weit fortgeschrittene soziale Integration Europas gibt. Die Bürger_innen in der EU gestehen einander weitestgehend die gleichen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Rechte zu.

Eben dies, der Begriff der Gleichheit, ist einer der zentralen Aspekte des Buches. Dabei geht es der Autorin nicht um einen »marxistischen Egalitarismus«, sondern um den gleichen Zugang zu allen sozialen Rechten für sämtliche Bürger_innen der Republik. Wenn die Aufgabe nationaler Souveränität hierfür die essentielle Voraussetzung darstellt, erscheint eine Realisierung der Ideen des Buches nicht

sonderlich wahrscheinlich. Gleichwohl ist es nicht die unmittelbare konkrete Realisierung ihrer Utopie, die Ulrike Guérot mit ihrem spannenden Buch intendiert. Sie selber bezeichnet es schlicht als ein Diskussionsangebot, anders über Europa nachzudenken. ●



Marcus Sommerstange ist Referent in der Bibliothek der FES.

gute gesellschaft – soziale demokratie #2017 plus

Was macht die »Gute Gesellschaft« aus? Wir verstehen darunter soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, eine innovative und erfolgreiche Wirtschaft sowie eine Demokratie, an der die Bürgerinnen und Bürger aktiv mitwirken. Wir sind davon überzeugt, dass diese »Gute Gesellschaft« von den Grundwerten der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität getragen wird.

Für das Projekt »gute gesellschaft – soziale demokratie 2017plus« nutzt die Friedrich-Ebert-Stiftung ihr weltweites Netzwerk, um die deutsche, europäische und internationale Perspektive miteinander zu verbinden und konkrete Ideen für die Politik zu entwickeln.

Wie viel Gleichheit brauchen wir für eine gerechte Gesellschaft?

Von Dr. Andrä Gärber, Jochen Dahm, Thomas Hartmann

Gleichheit ist seit der französischen Revolution eines der großen politischen Ideale. Es herrscht inzwischen ein hart erfochtener, aber großer Konsens, dass rechtliche und politische Gleichheit zum Wesensprinzip der Demokratie gehören. Noch immer hoch umstritten ist Gleichheit aber in Verteilungsfragen, also im sozialen und wirtschaftlichen Bereich. Gleichheit ist zwar die Grundnorm, die selbst keiner Rechtfertigung bedarf, aber wie viel Ungleichheit sich etwa durch Bedarf und Verdienst rechtfertigen lässt, ist seit jeher Gegenstand der politischen Auseinandersetzung. Sicher ist, dass es für die Verwirklichung einer Sozialen Demokratie und als Fundament einer Guten Gesellschaft ein Mindestmaß an Gleichheit braucht.

Doch die Ungleichheit nimmt fast überall auf der Welt zu, auch in Deutschland. Weltweit besitzen 62 Menschen so viel wie 50 Prozent der Menschheit. Hierzulande gehören den reichsten 10 Prozent drei Viertel der Vermögen. Eine Demokratie muss der im Kapitalismus angelegten zunehmenden Ungleichheit laufend gegensteuern, sonst gefährdet sie sich selbst. Die Superreichen münzen wirtschaftlichen in politischen Einfluss, die Abgehängten bleiben nicht nur von den Wahlen fern, öffentliches Vertrauen und damit die Basis des Zusammenlebens erodiert.

In der Vergangenheit wurde die Ungleichheitsdebatte vorrangig auf normativer Ebene geführt. Dabei stand zu meist die Kritik an den sozialen Verwerfungen im Vordergrund, die eine wachsende Ungleichheit mit sich bringen. Diese Kritik ist wichtig und richtig. Ökonomische und soziale Ungleichheit wird aber nicht nur – zu Recht – als ungerecht empfunden, sie schadet auch einem nachhaltigen wirtschaftlichen Wachstum. Kurz: Eine Politik, die zunehmende Ungleichheit zulässt, ist unvernünftig. Zeit, die bislang verbreitete Überzeugung, dass soziale Ungleichheit eine Voraussetzung für nachhaltiges Wachstum und Wohlstand ist, kritisch zu hinterfragen und die vielfältigen Dimensionen von sozialer Ungleichheit und deren Auswirkungen genauer zu beleuchten. Ein Anspruch, dem sich das Projekt »Gute Gesellschaft – Soziale Demokratie #2017plus« widmet.

Dass Ungleichheit neben einer wirtschaftlichen und sozialen auch eine räumliche Dimension hat, zeigt die im März

erschienene Studie »Ungleiches Deutschland – Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2015«. Trotz einer gesamtwirtschaftlich positiven Entwicklung kommt das Wachstum in vielen Regionen nicht an und bedroht das im Grundgesetz verankerte Ziel der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Denn die regionale Ungleichheit nimmt zu oder verfestigt sich weiter.

Ein starker und innovativer Wohlfahrtsstaat kann die soziale Ungleichheit in Deutschland verringern. Insbesondere ein leistungsfähiges und inklusives Bildungssystem, umfassende soziale Sicherungssysteme und eine fördernde Arbeitsmarktpolitik bilden zentrale Bausteine, um den Anforderungen der Wissensgesellschaft und sich wandelnden Erwerbsbiografien zu begegnen. Mit der repräsentativen Bevölkerungsbefragung »Zukunft des Wohlfahrtsstaates« werfen wir einen Blick auf die Einstellungen der Bevölkerung. Die ersten Ergebnisse zeigen, dass eine Mehrheit der Menschen die zunehmende soziale Ungleichheit als Problem empfindet und einen starken Wohlfahrtsstaat als Antwort will. Im Laufe der kommenden Monate werden wir in weiteren Veröffentlichungen beleuchten, wie sich die deutsche Bevölkerung die zukünftige Ausrichtung der deutschen Sozialpolitik vorstellt.

Auf dem Kongress »#MehrGleichheit – Sozial gerecht. Politisch unerlässlich. Ökonomisch notwendig.« im Herbst 2016 werden wir das Thema Ungleichheit dann kontrovers mit Vertreter_innen aus Zivilgesellschaft, Politik und Wissenschaft diskutieren. In mehreren Impulsforen werden Denkanstöße und Handlungsempfehlungen für eine gleichheitsorientierte Politik entstehen, die den Herausforderungen einer immer weiter auseinander driftenden Gesellschaft gewachsen sind. Der Kongress führt verschiedene Projekte der FES zusammen: Neue wirtschaftspolitische Studien, Erfahrungen aus internationalen Dialogreisen und nationale Politikanalysen. ●

Andrä Gärber ist Leiter der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik.

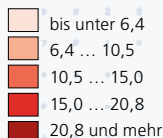
Jochen Dahm ist Leiter der Akademie für Soziale Demokratie.

Thomas Hartmann ist Referent in der Akademie für Soziale Demokratie.

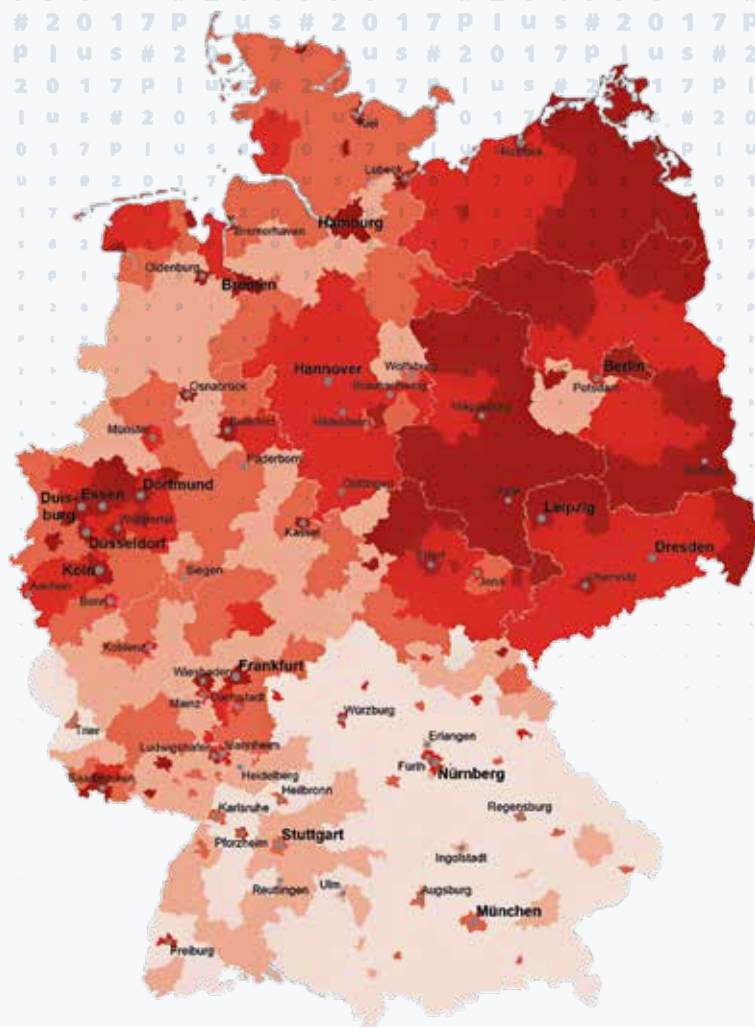
Ungleiches Deutschland

Von Dr. Philipp Fink

**Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte unter 15 Jahren
je 100 Einwohner_innen unter 15 Jahren**
Kreise und kreisfreie Städte, 2012



Quelle: BBSR Bonn 2015. Datengrundlage: Arbeitskreis
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder.



»Die von der wirtschaftlichen Entwicklung abgehängten Regionen haben immer mehr Schwierigkeiten bei der Bereitstellung der öffentlichen Daseinsvorsorge.«

Zeit Online 21.03.2016

Deutschland driftet auseinander. Trotz guter Konjunktur der vergangenen Jahre profitieren längst nicht alle Regionen vom Wachstum. Die regionale Ungleichheit verfestigt sich oder nimmt sogar noch zu; einzelne Regionen befinden sich in einem Teufelskreis aus Verschuldung, Arbeitslosigkeit und Abwanderung.

Das jüngste Wachstum kommt in vielen Gegenden Deutschlands nicht an. Das ist das Ergebnis der Studie »Ungleiches Deutschland«, die anhand von 20 Indikatoren die soziale und ökonomische Lage der Bundesrepublik kreisgenau darstellt. Die Kriterien sind etwa Arbeitslosigkeit, Abwanderung, Kinderarmut, kommunale Schulden oder das Bruttoinlandsprodukt. Die Ergebnisse zeigen, dass etliche Gegenden im Osten und Norden des Landes anderen Regionen im Süden hinterherhinken. Sie sind nicht in der Lage, sich eigenständig aus dieser Situation zu befreien, und es wird von Jahr zu Jahr schwieriger.

Denn die von der wirtschaftlichen Entwicklung abgehängten Regionen haben immer mehr Schwierigkeiten bei

»Die Unwucht zwischen deutschen Regionen nimmt stetig zu. Von dem im Grundgesetz festgeschriebenen Anspruch, überall in Deutschland gleichwertige Lebensverhältnisse vorzufinden, weicht die Realität schon lange ab.«

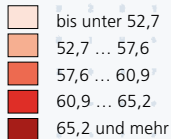
Spiegel Online 21.03.2016

der Erbringung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Ihre Kommunen befinden sich zunehmend in einem Teufelskreis aus Verschuldung, Wachstumsschwäche, Arbeitslosigkeit und Abwanderung. Die Bewohner müssen mit

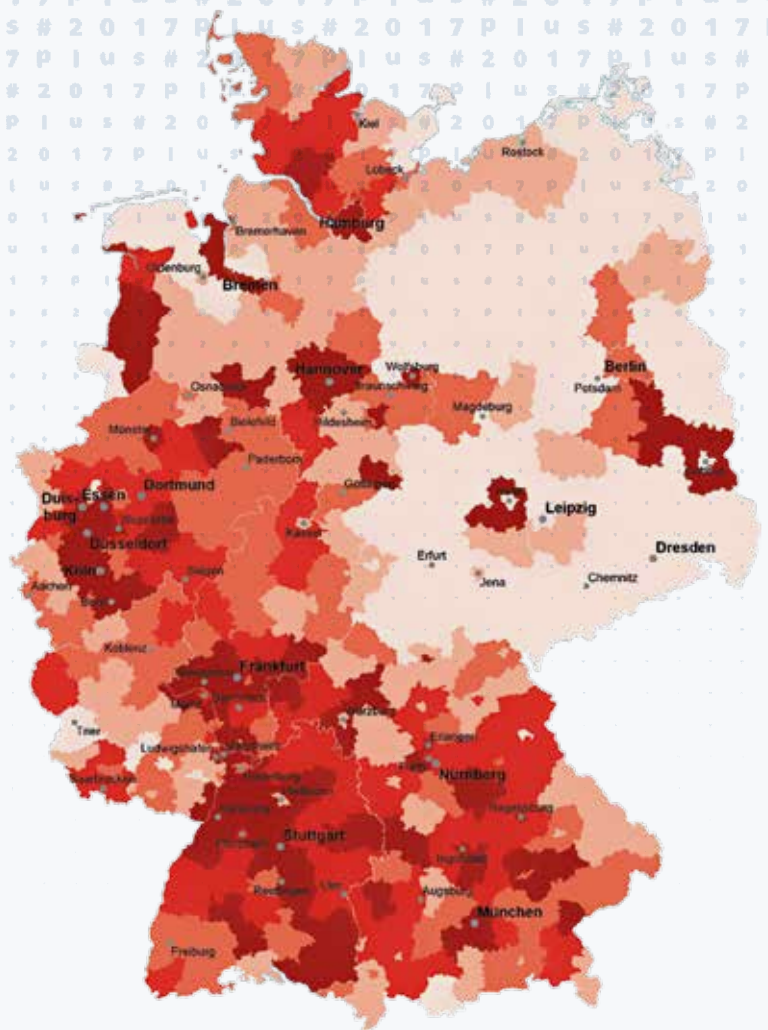
einer schlechteren Ausstattung der Infrastruktur auskommen. Das vom Grundgesetz vorgegebene Ziel der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse rückt in immer weitere Ferne.

Demgegenüber stehen die Gewinner-Regionen, vor allem in Bayern, Baden-Württemberg und Hamburg. Sie laufen den restlichen Gebieten des Landes in Sachen Wirtschaftskraft und Beschäftigung davon. Sie profitieren von Zuwanderung, besserer Qualifizierung ihrer Bewohner und einer attraktiveren Infrastruktur für Unternehmen. Ganz eindeutig zeigt sich die auseinander ge-

Bruttoinlandsprodukt in 1.000 Euro je Erwerbstätigen Kreise und kreisfreie Städte, 2012



Quelle: BBSR Bonn 2015. Datengrundlage: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder.



»Die Kluft zwischen Arm und Reich wird größer – und das gilt nicht nur für private Haushalte, sondern für ganze Regionen.«

Tagesspiegel 22.03.2016

hende Schere beim Bruttoinlandsprodukt, das 2012 im Westen durchschnittlich um mehr als ein Viertel (26,6 Prozent) höher liegt als im Osten. Im Extremfall kann das rund 80.000 Euro pro Erwerbstätigen ausmachen, wie im Fall des bayerischen Ingolstadt (117.800 Euro) gegenüber Eisenach in Thüringen (39.600 Euro).

Beim Haushaltseinkommen ergibt sich ein ähnliches Bild: Es liegt im Osten durchschnittlich um 18 Prozent niedriger als im Westen. Deutschlandweit führend ist Heilbronn mit rund 3.300 Euro monatlich. An letzter Stelle steht der Landkreis Vorpommern-Greifswald mit rund 1.350 Euro im Monat. Zu den Verlierern gehören aber auch Kreise aus dem Ruhrgebiet, aus Niedersachsen, aus dem Saarland oder Hessen. Die Kinderarmut in Städten wie Bremerhaven und Gelsenkirchen liegt durchschnittlich bei mehr als 35 Prozent und damit deutlich höher als im Osten, wo sie nahezu flächendeckend rund 20 Prozent beträgt.

»Das Muster ist simpel: Je weiter eine Region von der nächsten Metropole entfernt ist, desto deutlicher bleibt sie in der wirtschaftlichen Entwicklung zurück.«

Mitteldeutsche Zeitung 21.03.2016

Die Ergebnisse des sozioökonomischen Disparitätenberichts 2015 zeigen, dass das vom Grundgesetz vorgegebene Ziel der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in der Praxis verfehlt wird. Die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist ein eindeutiger Auftrag des Grundgesetzes an die Politik. Sie ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die entschiedenes staatliches Handeln fordert.



Ungleiches Deutschland: Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2015

Joachim Albrecht, Philipp Fink, Heinrich Tiemann

<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/12390.pdf>

Dr. Philipp Fink leitet die Arbeitslinie Gleichwertige Lebensverhältnisse.

Kurswechsel nötig

Fragen an Dr. Ulrich Schneider



Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat auch in diesem Jahr wieder seinen vielbeachteten Armutsbericht veröffentlicht. Was sind die zentralen Erkenntnisse?

Positiv ist festzuhalten, dass der lange Aufwärtstrend bei den Armutsquoten seit 2006 in 2014 erst einmal gestoppt ist. Die Quote sank von 15,5, auf 15,4 Prozent.

Negativ fällt erneut auf, dass selbst glänzende Wirtschaftsdaten sich nicht mehr in einem entsprechenden Rückgang der Armut niederschlagen. Ganz im Gegenteil: Steigen der gesamtgesellschaftlicher Reichtum scheint sogar das Armutsproblem noch zu verstärken, wenn die Armen von diesem Zuwachs abgekoppelt werden und im Ergebnis lediglich die Ungleichheit steigt.

Der Armutsbegriff des Paritätischen Wohlfahrtsverbands wird mitunter von Dritten kritisiert. Ihnen wird »Schwindel« und »Skandalisierung« vorgeworfen. Worin unterscheidet sich Ihr Armutsbegriff von anderen? Skandalisierung und sogar Schwindel wird uns lediglich von denen vorgeworfen, die Armut begrifflich reduziert wissen möchten auf Formen extremer Deprivation und Elend. Arm ist dann nur noch, wer tatsächlich auf der Straße lebt oder im Alter Pfandflaschen sammeln muss. Ein solch absoluter und im Grunde längst überholter Armutsbegriff wäre gänzlich abgekoppelt von gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Entwicklungen (...).

Dagegen sprechen wir von Armut auch dann, wenn Menschen auf Grund zu niedrigen Einkommens nicht mehr teilhaben können am ganz normalen gesellschaftlichen Alltag, sei es der Sportverein, der gelegentliche Kinobesuch, der Musikunterricht oder die Anschaffung von Büchern oder Internetnutzung. Es geht bei unserem Armutsbegriff um den Zusammenhalt einer Gesellschaft.

Welche Maßnahmen müssten ergriffen und welche politischen Entscheidungen getroffen werden, um Armut und Ungleichheit in der Gesellschaft nachhaltig zu bekämpfen?

Wir brauchen dringend einen öffentlich geförderten, an tariflicher Bezahlung orientierten Beschäftigungssektor für hun-

Aus Gewerkschaftssicht

Von Dr. Dierk Hirschel



»Der jüngste Anstieg der Ungleichheit geht im Kern auf die politische Entwertung und Entgrenzung der Arbeit zurück. Die Deregulierung der Arbeitsmärkte und der Umbau der sozialen Sicherungssysteme führten zu einem starken Zuwachs unsicherer und schlecht bezahlter Jobs. Die Prekarisierung der Arbeitswelt unterhöhlte das Tarifsyste-

tem und schwächte die Gewerkschaften. Das beste Rezept gegen Ungleichheit sind starke Gewerkschaften und ein arbeitnehmerfreundliches Regelwerk auf dem Arbeitsmarkt.

Die Einführung des Mindestlohns und die erleichterte Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen waren erste Schritte in die richtige Richtung. Jetzt geht es darum, das Tarifsyste weiter zu stärken, den Mindestlohn zu erhöhen, Minijobs, ungleich bezahlte Zeitarbeit, unfreiwillige Teilzeitarbeit und Werksverträge durch reguläre Beschäftigung zu ersetzen sowie die Mitbestimmung abzubauen. Ferner sollte der Erwerbsarbeitszwang durch eine Korrektur der Hartz-Gesetze gelindert werden. All diese Maßnahmen tragen dazu bei, die Unterschiede bei den Markteinkommen abbauen.

Doch damit nicht genug. Wir brauchen auch mehr Investitionen in Bildung, Gesundheit und Soziales. Geld ist genug da. Der private Reichtum ist fünfmal so groß wie die gesamte Staatsverschuldung. Deswegen müssen hohe Einkommen und Vermögen künftig stärker besteuert werden.«

Dr. Dierk Hirschel ist Bereichsleiter für Wirtschaftspolitik, Europa und Internationales bei der Gewerkschaft ver.di.

derttausende Langzeitarbeitslose. Wir brauchen viel mehr Bildungsanstrengungen für Kinder aus unterprivilegierten Familien und wir müssen bereits heute mit einer durchgreifenden Reform der Altersgrundsicherung dafür Sorge tragen, dass uns bis 2030 nicht eine massive Altersarmut erreicht. Grundlage einer solchen Bekämpfung von Armut und Ungleichheit ist jedoch immer eine Steuer- und Finanzpolitik, die den Staat in die Lage versetzt, all dies überhaupt zu tun. Das heißt ganz konkret: Wiedereinführung einer Vermögenssteuer, eine Reform der Erbschaftsteuer, die Abschaffung der Abgeltungssteuer für Kapitalerträge und die Erhöhung der Einkommensteuersätze für Topverdiener. Mit anderen Worten: Wir brauchen einen 180-Grad-Kurswechsel zur momentanen Steuerpolitik.

Dr. Ulrich Schneider ist seit 1999 Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Zudem ist er Autor von zahlreichen Publikationen zu den Themen Armut in Deutschland, Verantwortung des Sozialstaates und soziale Gerechtigkeit.

Es fragte Thomas Hartmann.



REPRÄSENTATIVE UMFRAGE

Wachsende Ungleichheit als Gefahr?

Wie die Deutschen über soziale Unterschiede denken

Von Max Ostermayer

Deutschland ist eines der Industrieländer, in denen die Einkommens- und Vermögensunterschiede in den letzten Jahrzehnten am stärksten zugenommen haben. Was sich zunächst nur aus abstrakten Statistiken ablesen lässt, hat längst die Lebenswirklichkeit der Menschen erreicht. Das zeigen die Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Dazu wurden 2.000 Personen von tns Infratest zur Zukunft des Wohlfahrtsstaates befragt. Eines der zentralen Ergebnisse: 82 Prozent der Menschen sind der Ansicht, dass die soziale Ungleichheit in Deutschland mittlerweile zu groß ist. Diese Wahrnehmung zieht sich durch alle sozialen Milieus und wird auch über Parteigrenzen hinweg geteilt.

Ähnlich hohe Zustimmung findet die Aussage, dass das inzwischen erreichte Ausmaß der sozialen Ungleichheit langfristig der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands schadet. Gleichzeitig vertraut nur eine Mehrheit von 60 Prozent darauf, dass sozialstaatliche Leistungen zur Bekämpfung sozialer Ungleichheit beitragen.

Gefragt danach, welche Maßnahmen sich eignen würden, der zunehmenden sozialen Spaltung entgegenzuwirken, zei-

gen sich zudem überraschend hohe Zustimmungsraten für Vermögens- und Erbschaftssteuern. Die Befragung belegt aber auch, dass es zwischen der starken Ungleichheitskritik und der Bereitschaft, dem durch eine bessere Finanzierung des Wohlfahrtsstaates entgegenzuwirken, eine große Diskrepanz gibt. Wie dieses Paradox zu verstehen und möglicherweise aufzulösen ist, dazu haben wir auch einen der Autoren, Prof. Dr. Steffen Mau von der Humboldt-Universität zu Berlin, befragt. ●



Wachsende Ungleichheit als Gefahr für nachhaltiges Wachstum
Steffen Mau, Jan-Ocko Heuer

⬇ <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/12516.pdf>

Max Ostermayer ist Referent in der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Neue Sozialpolitik braucht neue Steuerpolitik

Fragen an Steffen Mau



Herr Mau, ein großer Teil der Bevölkerung ist inzwischen der Auffassung, dass die zunehmende soziale Ungleichheit in Deutschland negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung im Land hat. Worauf führen Sie diese Wahrnehmung zurück?

Nachdem über längere Zeit eine positive Sicht auf die Ungleichheit in der Gesellschaft die Diskurse dominierte, hat sich dies nun etwas gedreht. Auch Ratingagenturen, die Weltbank und die OECD warnen vor den negativen ökonomischen Folgen sozialer Ungleichheit. Die weitere Spreizung von Einkommens- und Vermögensungleichheit, oft als zentrale Stellschraube für stärkeres Wachstum angesehen, gilt nicht mehr als wirksames und einzig seligmachendes Medikament zur Heilung von Wachstumsschwächen. Im Gegenteil: Ungleichheit als mögliche Wachstumshemmnis – diese Einsicht gewinnt an Zustimmung. Nicht zuletzt wird der Klasse von Superreichen, die sich auf den internationalen Finanzmärkten tummelt, auch eine Mitschuld an ökonomischen Krisen gegeben.

Bei der Frage, wie der zunehmenden Ungleichheit entgegengewirkt werden kann, zweifeln viele Befragte an der Wirksamkeit sozialstaatlicher Leistungen. Warum verlieren diese Menschen das Vertrauen in den Wohlfahrtsstaat?

Obwohl es ein hohes Ausmaß an Ungleichheitskritik gibt, zeigt sich doch Zurückhaltung was die Neuauflage klassischer Umverteilungspolitik angeht. Zum einen wird von den Menschen gesehen, dass auch ein kostspieliger Wohlfahrtsstaat nicht zwingend unsere Ungleichheitsprobleme löst. Es gibt auch Skepsis darüber, ob der Staat als Treuhänder steuerlicher Beiträge einen guten Job macht. Noch wesentlicher ist meiner Ansicht nach aber eine – trotz aller Ungleichheitskritik – tief sitzende Akzeptanz des Leistungsprinzips. Wie immer man das genau ausbuchstabieren mag, es ist eine grundlegende Legitimationsformel für bestehende Ungleichheiten und auch ein Grund für die Steuer- und Umverteilungsskepsis, die sich in allen sozialen Schichten findet.

KONZEPTENTWURF

Wohlstand besser messen

Das neue »Magische Viereck«
im Realitätscheck

Von Markus Schreyer

In der Politik, Wissenschaft und Gesellschaft setzt sich immer mehr die Einsicht durch, dass das Bruttoinlandsprodukt keinen guten Wohlstandsindikator darstellt und es dringend alternativer Größen und Messverfahren bedarf. Zu diesem Ergebnis kamen vor wenigen Jahren beispielsweise die Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission in Frankreich oder auch die Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität« des Deutschen Bundestages. Ihren Analysen zufolge greift die Fokussierung auf einen rein materiellen Wohlstands-begriff zu kurz, und eine Wirtschaftspolitik, die sich nur an der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts orientiert, wird den gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen nicht gerecht.

Das alte »Magische Viereck«, das in Deutschland im Rahmen des »Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes« von 1967 gesetzlich verankert wurde, stellt einen ersten frühen Versuch dar, der Politik einen etwas breiteren und nachhaltigeren Orientierungsrahmen für ihr wirtschaftspolitisches Handeln an die Hand zu geben. Dabei werden der Bund und die Länder in ihrer Wirtschaftspolitik auf die Unterstützung der vier Ziele »stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum«, »hoher Beschäftigungsstand«, »Stabilität des Preisniveaus« sowie »außenwirtschaftliches Gleichgewicht« (das alte »Magische Viereck«) verpflichtet. Rückblickend betrachtet ist das alte »Magische Viereck« jedoch zu wenig konkret und verbindlich formuliert worden. Nicht zuletzt deshalb fand es in der wirtschaftspolitischen Praxis kaum Beachtung.

Die Ergebnisse der Befragung zeigen auch Handlungsoptionen auf, beispielsweise im Bereich der Steuerpolitik. Wo sehen Sie die Ansatzpunkte für die Politik im Kampf gegen die soziale Spaltung?

Es wird sicherlich darauf ankommen, das Thema der Ungleichheit nicht nur moralisch oder sozial auszudeuten, sondern auch ökonomisch. Die Argumente dafür liegen ja schon auf dem Tisch. Große Unterstützung findet auch die sogenannte investive Sozialpolitik, die sich der Förderung von Bildung, Nachwuchs und Familien verschreibt. Um die Ungleichheitskluft zu beschränken, braucht es aber mehr als ein rein investives Modell der Sozialpolitik. So rückt die Steuerpolitik in den Blick. Insbesondere die auch im internationa-

Das neue »Magische Viereck« stellt ein im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung neu entwickeltes Konzept dar, das versucht, die Fehler und Unzulänglichkeiten des alten »Magischen Vierecks« zu vermeiden. Im Mittelpunkt stehen die vier Dimensionen »Materieller Wohlstand«, »Ökologische Nachhaltigkeit«, »Soziale Nachhaltigkeit« und »Zukunftsfähigkeit der Staatstätigkeit und der Staatsfinanzen«, die den Reformvorstellungen zufolge im Rahmen eines neuen »Stabilitäts- und Wohlstandsgesetzes« als die vier neuen Oberziele (das neue »Magische Viereck«) der Wirtschaftspolitik gesetzlich verankert werden sollten. Die Bundesregierung würde dabei verpflichtet werden, jeweils Zielpfade für eine Reihe von Einzelindikatoren für diese vier Dimensionen der Nachhaltigkeit zu Beginn der Legislaturperiode zu definieren. Die Zielerfüllung würde im Laufe der Legislaturperiode über ein (reformiertes) Gutachten des Sachverständigenrates sowie einen jährlichen »Jahreswohlstandsbericht« überprüft werden.

Die umfangreichen Arbeiten zum neuen »Magischen Viereck« haben ihren Niederschlag bereits in einer ganzen Reihe von Publikationen der FES gefunden. Die aktuelle Studie bestätigt nochmals die Praxistauglichkeit des neuen Konzepts.



Reform des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes von 1967

Sebastian Dullien und Till van Treeck

↓ <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/12501.pdf>

Markus Schreyer ist Referent im FES Referat Wirtschafts- und Sozialpolitik.

len Vergleich niedrige Besteuerung von Vermögenübertragungen, also Erbschaften und Schenkungen, führt zu immer weiterer Vermögenskonzentration. Hier ein neues Modell zu entwickeln, ist sicherlich ein entscheidender Hebel, den es zu finden und zu stellen gilt.

Steffen Mau ist Professor für Makrosoziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Es fragte **Max Ostermayer**.



POSITIONSBESTIMMUNG

Die Gute Gesellschaft

Von Jochen Dahm und Dr. Meik Woyke

Deutschland ist ein reiches Land mit Wohlstand und Chancen für viele – aber nicht für alle. Unsere Gesellschaft wird zunehmend ungleicher im Einkommen, im Vermögen, in den Chancen und regional. Unserer Wirtschaft schadet diese Ungleichheit ebenso wie unserer Demokratie. Für eine Kursumkehr braucht es Kraft und politische Kraft wird von starken politischen Ideen, von einer Vision für die Zukunft, erzeugt. (...)

Die Gute Gesellschaft ist eine Gesellschaft, die gerecht und solidarisch ist und in der die Menschen im umfassenden Sinn frei sind. Eine Gesellschaft, in der fundamentale Grundrechte gelten und wirken. Eine Gesellschaft, die nicht auseinanderdrifft, sondern arm und reich, jung und alt, Männer und Frauen und Regionen zusammenbringt. Eine Gesellschaft mit starken Kommunen, starker und nachhaltiger Wirtschaft, bei der die Demokratie nicht an dem Werkstoren haltmacht. Sie zähmt die Fliehkräfte des Kapitalismus und ermöglicht Arbeit für alle.

Die Gute Gesellschaft baut auf einen vorsorgenden und umfassenden Sozialstaat, der Chancen und Teilhabe eröffnet, und auf ein Bildungssystem, das keinen zurücklässt. In einer Guten Gesellschaft werden ethnische, religiöse und kulturelle Unterschiede anerkannt und respektiert. Die Gute Gesellschaft baut auf dem Vorrang der Politik vor dem Markt und auf einen Staat mit starken demokratischen Institutionen.



Auszug aus dem Text

»Für ein besseres Morgen«

↓ <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/12572.pdf>

Jochen Dahm ist Leiter der »Akademie für Soziale Demokratie«.

Meik Woyke ist Leiter des Arbeitsbereichs »Public History«.

Notizen



++ Afrika ist einerseits der vom Klimawandel am meisten bedrohte Kontinent, trägt gleichzeitig am wenigsten zur Erderwärmung

bei und hat den geringsten Einfluss auf die globalen Verhandlungen. Die Gewerkschaften auf dem Kontinent lassen bisher jedoch keine konkreten Reaktionen erkennen. Daher trafen sich Gewerkschafter_innen aus mehr als 30 Ländern in Dakar, Senegal, um sich beim »African Trade Union Symposium on the impact of climate change on jobs in Africa« der FES auf gemeinsame Strategien zum Umgang mit dem Klimawandel zu einigen. **++**

++ Die Panama-Papers haben es deutlich gemacht: Durch Steuerhinterziehung und illegitime Finanzströme gehen Staaten jährlich Milliardenereinnahmen verloren. Dabei liegen eine ganze Reihe Lösungskonzepte auf dem Tisch. Die FES hat dies bereits im Februar auf zwei Veranstaltungen thematisiert: »Illegitime Finanzströme – Made in Germany?« und »Keine Steuern – keine Entwicklung. Wege zur gerechten Besteuerung multinationaler Unternehmen«, u.a. mit Vertreter_innen der Bundesregierung, Mitgliedern des Bundestags, der UN, OECD, Weltbank und zivilgesellschaftlichen Institutionen. **++**

++ Vor dem Hintergrund der Debatte über die Reform internationaler Friedenseinsätze, veranstaltete die FES vom 16. bis 18. März in Brüssel einen Workshop, in dem neue Herausforderungen und Lehren vergangener und laufender Friedenseinsätze auf dem afrikanischen Kontinent diskutiert wurden. Der Workshop basierte auf den Ergebnissen von fünf subregionalen Workshops in Afrika, die die FES im Rahmen des Projektes »The New Geopolitics of Peace Operations II: Africa Bound« in Kooperation mit dem Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) in Bamako, Abuja, Doula, Addis Abeba und Maputo durchgeführt hatte. **++**

++ Am 5. Mai 2018 wird Karl Marx 200 Jahre alt. Zwei Jahre vor diesem runden Geburtstag fiel im Trierer Karl-Marx-Haus der Startschuss für die von der FES geplanten Jubiläumsfeierlichkeiten. Am 6. Mai 2016 wurde im Innenhof des Museums eine Bronzestatue feierlich enthüllt, die der französische Bildhauer und Urenkel von Karl Marx, Karl-Jean Longuet (1904-1981) Anfang der 1950er Jahre geschaffen hatte. Die Friedrich-Ebert-Stiftung wird sich in Trier, aber auch darüber hinaus für das Jubiläumsjahr vielfältig engagieren. www.karlmarx2018.de; folgen Sie uns auf @marx2018. **++**

(vlnr: Oberbürgermeister Wolfram Leibe, Trier Ururenkelinnen Anne Longuet-Marx und Frédérique Longuet-Marx SPD-Generalsekretärin Dr. Katarina Barley sowie unser Vorsitzender der FES, Kurt Beck)



»Lebensentwürfe junger Frauen und Männer in Bayern« – wie sehen diese aus?

++ Wie gestalten junge Menschen ihr Leben und welche Erwartungen haben sie an die Politik? Diesen Fragen geht die neue Studie von Prof. Jutta Allmendinger für das BayernForum nach. Das Fazit: Männer wie Frauen wollen eine Familie mit Kindern. Und sie wollen erwerbstätig sein. Gleichzeitig sehen sie sich gezwungen, entweder bei der Familie oder im Beruf Abstriche zu machen. ++

→ <http://library.fes.de/pdf-files/akademie/bayern/12359.pdf>



++ Mit ihrem gerade veröffentlichten Buch »Emanzipation im Islam« lieferte die junge Schriftstellerin Sineb El Masar, als Tochter marokkanischer Einwanderer in Hannover geboren, eine hervorragende Grundlage für eine vom FES-Regionalbüro Mainz veranstaltete Diskussionsrunde. An der lebhaften und auch kontrovers geführten Debatte, beteiligten sich neben der Autorin auch der Journalist und Islamwissenschaftler Abdul Ahmad Rashid und die Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Rheinland-Pfalz, Dr. Malika Labdalloui. ++

++ Auf der Grundlage des Gesetzes »Zur Sicherung gleicher Rechte und Möglichkeiten für Männer und Frauen« im Jahre 2005, wurden in der Ukraine Gesetze verabschiedet, die die Diskriminierung im Berufsleben verbieten, die Bekämpfung des Menschenhandels verbessern und versuchen, NGOs stärker in die Arbeit der staatlichen Stellen einzubeziehen. Vor diesem Hintergrund hat das Büro der FES für Mitarbeiterinnen von Regionalverwaltungen drei Seminare zur Sensibilisierung für Genderthemen durchgeführt. An deren Ende stellten die Teilnehmer_innen jeweils einen Plan zur Förderung der Gleichstellung in ihrer Region auf. ++



++ Die FES verstärkt ihre Arbeit in Bangladesch. Seit der Eröffnung eines Stiftungsbüros im Jahre 2014 unterstützt sie ihre

Partner vor Ort bei den Bemühungen um gerechte Arbeitsbedingungen und fördert den Dialog zwischen den Sozialpartnern. Eine Delegation des Außenministeriums, die im April 2016 Berlin besuchte, würdigte ausdrücklich diese Rolle der Stiftung. Ein Kooperationsabkommen, das in Berlin vom stellvertretenden Vorsitzenden der FES, Michael Sommer und Shahidul Haque, Foreign Secretary, Government of Bangladesh, unterzeichnet wurde, schafft die Grundlage für eine Fortsetzung dieser erfolgreichen Arbeit. ++ (Foto: Konstantin Börner)

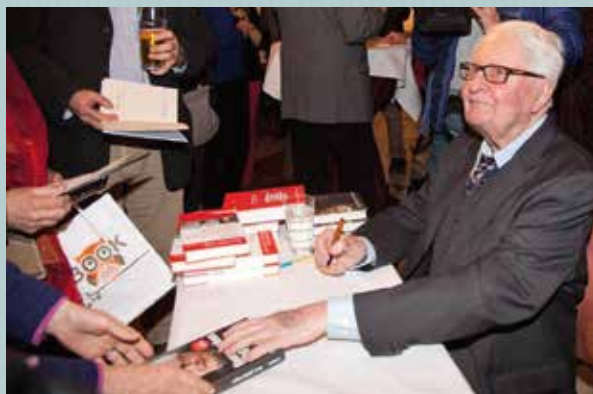
++ Ban Ki-Moons Amtszeit an der Spitze der Vereinten Nationen läuft Ende 2016 aus. Erstmals in der 70-jährigen Geschichte der Weltorganisation wird die Nachfolge nicht hinter verschlossenen Türen von den fünf permanenten Mitgliedern des VN-Sicherheitsrats bestimmt. Zivilgesellschaftliche Kampagnen wie »1for7Billion« und VN-Mitgliedsstaaten haben erfolgreich um Reformen des Auswahlverfahrens gerungen. Auf einer Veranstaltung der FES-New York am 30. März erläuterte der Präsident der VN-Generalversammlung, Mogens Lykketoft, die Bedeutung dieses Verfahrens für die Legitimität der Weltorganisation als Ganzes. ++



++ Die Finanzierung der universalen Agenda 2030 stellt aktuell eine enorme Herausforderung an die internationale Staatengemeinschaft dar – so das Fazit von Jose Antonio Ocampo, Professor an der Columbia University, bei einer Veranstaltung der FES im April in New York. Mukhisa Kituyi, Generalsekretär der Handels- und Entwicklungsorganisation (UNCTAD), betonte in seiner Rede ebenfalls die Dringlichkeit der Schaffung eines kohärenten internationalen Institutionengefüges, das sich auch der wachsenden Verschuldungsproblematik widmet. ++

++ Im März 2016 fand mit Unterstützung des FES-Kompetenzzentrums »Gewerkschaften und Arbeit Sub-Sahara Afrika« das Shoprite Checkers Alliance Meeting 2016 in Kapstadt, Südafrika statt. Verkäufer_innen und Gewerkschafter_innen aus Botswana, Lesotho, Malawi, Mauritius, Mosambique, Swasiland, Uganda, Zambia und Südafrika berieten Strategien, tauschten sich über Erfolge und Misserfolge aus und bereiteten sich auf das jährliche Treffen mit der Chefetage des grössten privaten Arbeitgebers Südafrikas – dem Handelsriesen Shoprite Checkers mit mehr als 2.700 Filialen in 15 Ländern Afrikas – vor. **++**

++ Gemeinsame Werte und Solidarität unter Freunden waren wichtige Ansatzpunkte für die Fortführung des Tri-als zwischen Israel, den USA und Deutschland, organisiert von den Think Tanks MITVIM – Israeli Institute for Regional Policies, dem Middle East Institute und der FES. Vertreter_innen von NGOs, Politiker_innen und Wissenschaftler_innen trafen sich in Jerusalem und diskutierten mögliche gemeinsame Strategien zur Auseinandersetzung mit anti-demokratischen und anti-sozialen Bewegungen. **++**



++ Eine Woche vor seinem 90. Geburtstag legte Hans-Jochen Vogel Rechenschaft ab: Der Titel seines nach eigenen Angaben letzten Buchs lautet »Es gilt das gesprochene Wort« und der Titel ist Programm: Es widmet sich seiner Zeit als Münchner OB, heiklen Entscheidungen in Zeiten des RAF-Terrors, Fragen des Umweltschutzes und der programmatischen Ausrichtung der SPD. Zusammen mit dem Verlag Herder richtete das Bayern-Forum der FES am 27. Januar diese Buch-Vorstellung aus. **++**



++ »Wein.Gut in Rheinland-Pfalz« lautete der Titel des Weinbaupolitischen Seminars, das vom FES-Regionalbüro Mainz durchgeführt wurde. Spannende

Podiumsrunden wechselten sich mit interessanten Fachvorträgen ab, die durch Proben ausgewählter Weine angenehm unterbrochen wurden. Das Weinbaupolitische Seminar des FES-Regionalbüros Mainz ist mittlerweile ein Markenzeichen. Und natürlich war auch diesmal wieder die amtierende Weinkönigin Josefine Schlumberger mit dabei. **++**



++ Argyris Sfountouris überlebte 1944 das Massaker von Distomo, das nationalsozialistische Truppen während der deutschen Besatzung Griechenlands verübten. Im Rahmen eines Zeitzeugengesprächs des Forums Jugend und Politik sprach er mit Schüler_innen über seine Erlebnisse, über Entschädigungszahlungen und über Versöhnung. Schüler_innen der Wilhelm-Busch-Hauptschule überreichten Argyris Sfountouris zum Abschluss eine Zeitung über sein Leben, die sie im Rahmen einer Schreibwerkstatt beim Forum Jugend und Politik erstellt haben. **++**

++ In Gegenwart aller Berater des malischen Staatspräsidenten Ibrahim Boubacar Keïta, stellte das FES-Büro Mali die Ergebnisse ihrer jüngsten Meinungsumfrage »Mali Mètre« vor. Die Erhebung diene dazu, so der Staatsminister und Leiter des Präsidialamtes Mohamed A. Touré (2. von rechts), ein besseres Verständnis der politischen Erwartungen und Wahrnehmung der Malier zu erhalten. Das Mali Mètre hat sich zu einer anerkannten Referenz für die politische Stimmung im Land entwickelt. **++**

→ <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/mali/10100/index.html>

++ Wie ist es um die Entwicklung der Demokratien in Asien bestellt? Über diese Frage diskutierten im März 2016 auf einer Fachkonferenz der FES in Seoul, Expertinnen und Experten aus 20 asiatischen Ländern. Die Bilanz fiel sehr durchwachsen aus. Nach einer Phase der Demokratisierung wurde in den letzten Jahren in zahlreichen Ländern in Asien der Rückwärtsgang eingelegt. Sogar in sogenannten konsolidierten Demokratien wie Japan und Südkorea sind besorgniserregende Entwicklungen festzustellen. ++

++ Im März fand die letzte Konferenz der Global Reflection Group »Monopoly on the use of force 2.0?« statt, um in New York das staatliche Gewaltmonopol im internationalen Kontext zu diskutieren. Zuvor hatte sich die seit 2014 existierende Gruppe, bestehend aus etwa 20 Expert_innen aus Wissenschaft und Praxis aus allen fünf Kontinenten, u.a. mit den Themen organisierte Kriminalität und hybride Ordnungen befasst. Ziel ist es, einen Beitrag zu einem übergreifenden, positiven und progressiven Modell für den Sicherheitssektor im 21. Jahrhundert zu leisten. ++

++ Die Arbeit mit Schülervertretungen hat eine lange Tradition in der Friedrich-Ebert-Stiftung. Die SV-Workshops richten sich an Schülervertreter_innen und bieten diesen die Möglichkeit, ihr Engagement zu reflektieren, sich mit schulspezifischen Themen auseinander zu setzen, neue Perspektiven zu entwickeln und das notwendige Handwerkszeug für die Interessenvertretung zu trainieren. Nun wurde der Teamer_innenpool mit einer neuen Ausbildungsrunde verstärkt. ++

++ Im Rahmen des Deutsch-Vietnamesischen Rechtsstaatsdialogs spielt der Schutz von Menschenrechten eine zentrale Rolle. Bereits zum vierten Mal wurde von der FES eine Summer School mit Moot Court in Hanoi und Umgebung veranstaltet, an der 20 Studenten der Rechtshochschulen Hanoi und Hue, der Humboldt Universität und der HTW Berlin teilnahmen. In Vorträgen und Diskussionsrunden wird ein offener Austausch über die universale Geltung der Menschenrechte sowie die Menschenrechtssituation in Deutschland und Vietnam praktiziert. ++



++ »Gemeinsam. Zusammen. Leben.« So das Motto des diesjährigen »Barcamp Frauen« am 12. März. In 23 Workshops fanden angeregte Diskussionen über Fluchterfahrungen, Antifeminismus, Lohnungerechtigkeit, Partnerschaftlichkeit statt. Das Forum Politik und Gesellschaft der FES unterstützte das »Barcamp Frauen« und hat so mehr als 350 Menschen Raum gegeben, sich über feministische Themen auszutauschen und neue Netzwerke zu knüpfen. ++

++ Wesentliche Grundpfeiler für das Verständnis von Mitbestimmung und Mitgestaltung werden bereits sehr früh im Lebensverlauf angelegt. So lautete deshalb auch die Überschrift des Kita-Fachtages der FES und des Berliner Landesverbandes der Arbeiterwohlfahrt »Kinderstube der Demokratie«. Mehr als 350 Teilnehmer_innen diskutierten am 20. April darüber, wie die Mitwirkungsrechte von Kindern gestärkt und ihre aktive Beteiligung im Kitaalltag unterstützt werden können. ++



++ Der Neoliberalismus hat zu tiefgreifenden Veränderungen in den Städten geführt. Deren markorientierte Entwicklung befeuert die Entstehung von neuen sozialen Bewegungen weltweit. Diese fordern neue Formen der Beteiligung und die Sicherstellung einer demokratischen Verwaltung. Die FES lud politische Nachwuchskräfte aus Parteien und Zivilgesellschaft aus Lagos, Johannesburg und Nairobi im Rahmen der Internationalen Gerechtigkeitswoche ein, sich in Berlin mit diesen verschiedenen Dimensionen des »Rechts auf Stadt« auseinander zu setzen. ++



++ Zuwanderung als Bewährungsprobe unserer Demokratie: Bundestagspräsident a. D. Wolfgang Thierse zeigte im Rahmen der Gesprächsreihe »Brandenburger Gespräch« in Cottbus die Herausforderungen der doppelten Integration auf. Nicht nur müssen die Fremden bei uns heimisch werden, auch die Einheimischen dürfen nicht fremd werden im eigenen Land. **++**

++ »Das weibliche Gesicht der Arbeit«: Von der »Trümmerfrau« über das »Bauchladenfräulein« bis zur »Gasinstallateurin«, eine Ausstellung historischer Fotografien aus dem Archiv der sozialen Demokratie ließ zum Internationalen Frauentag 2016 in der FES in Berlin die Vielfalt der Arbeitsgebiete von Frauen aufleuchten – von den Trümmerfrauen nach dem Zweiten Weltkrieg bis zur vermeintlich klassischen Hausfrau in den 1960er Jahren. **++**



++ In Leipzig diskutierte WDR-Fernsehdirektor Jörg Schönenborn in der Reihe Mitteldeutscher MedienDialog am 12. April 2016 mit weiteren Medienleuten

über Gegenwart und Zukunft des Enthüllungsjournalismus. Vor dem Hintergrund der gerade erst veröffentlichten »Panama-Papers« und seiner Mitarbeit im Rechercheverbund von WDR, NDR und Süddeutscher Zeitung verwies Schönenborn auf die zunehmend globalisierte Dimension solcher spektakulären Enthüllungen. **++**

++ »Gute Arbeit in Deutschland: Zum Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen« lautete das Thema einer Podiumsveranstaltung am 3. März 2016 in Leipzig. Gesprächsgäste waren die Leipziger Bundestagsabgeordnete Daniela Kolbe und der Betriebsratsvorsitzende des Leipziger BMW-Werks Jens Köhler. Dabei ging es auch um die signifikante Schlechterstellung von Leih- und Werksarbeitern bei Entgelt Mitbestimmung und Arbeitnehmerrechten. **++**



++ Im Rahmen eines Besuches in Israel diskutierte der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Thomas Oppermann, mit dem Journalisten Arad Nir-Halber sowie mit Maria Jammal, Mitbegründerin der NGO Humanity Crew über den

Blick Israel auf die aktuelle Asyl- und Migrationspolitik der EU. Die israelische Öffentlichkeit verfolgt mit viel Aufmerksamkeit die Entwicklung in Europa. **++**

Leseempfehlungen

FORUM BERLIN



**Wo wohnen
Geflüchtete in der
Zukunft?**

*Hrsg. von
Thilo Schöne*

FORUM POLITIK UND GESELLSCHAFT



**Demokratie braucht
Wählerinnen und
Wähler**

Tagungsbericht und
Thesepapiere

NETZWERK BILDUNG



**Mehr Daten –
mehr Qualität?**

Qualitätsentwicklung
durch Bildungs-
monitoring

*Hrsg. Burkhard
Jungkamp, Marei
John-Ohnesorg*

WISO-DIREKT



**Perspektiven der
Mitbestimmung
in Europa**

Rainald Thannisch

WISO-DISKUS



**Flexible Arbeitszeit-
gestaltung**

Manuela Maschke

GLOBALE POLITIK UND ENTWICKLUNG



**Entwicklungs-
orientierte
Flüchtlingsarbeit:**
aus der Vergangen-
heit lernen und
für die Zukunft
planen

Krause, Ulrike

INTERNATIONALE POLITIKANALYSE



**Brasilianischer
Herbst**

Ende der Ära PT oder
Krise des politischen
Systems?

Thomas Manz



**Auf dem Weg
zur Geschlechter-
gerechtigkeit?**

Berichte aus Dänemark,
Deutschland, Frankreich,
Großbritannien,
Österreich, Schweden,
Schweiz, Ungarn und
USA

MANAGERKREIS

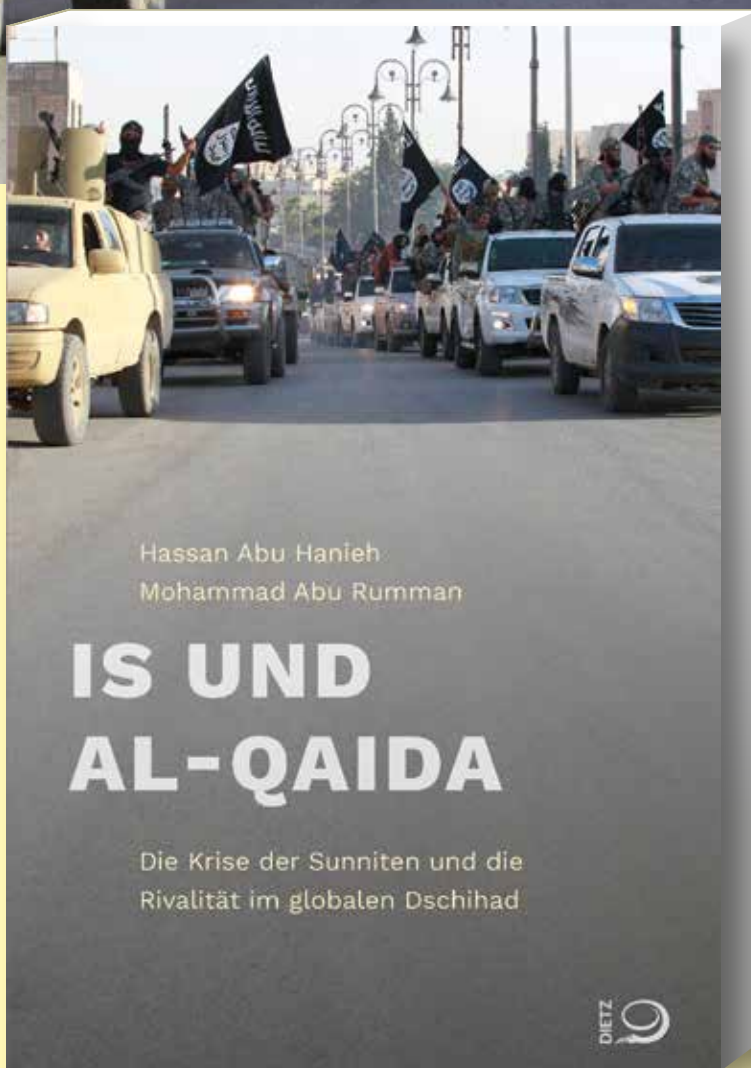


**Digitalisierung der
Arbeit**

Heinrich Tiemann



**Hier finden Sie
sämtliche aktuelle
Publikationen
der FES**



Leseprobe

www.dietz-verlag.de/0483

Die jordanischen Islamismus-Experten Mohammad Abu Rumman und Hassan Abu Hanieh beantworten die wichtigsten Fragen nach Unterschieden und Verhältnis zwischen dem sogenannten „Islamischen Staat“ und dem Al-Qaida-Netzwerk.

Sie gewähren tiefe Einblicke in beide Organisationen und zeigen auf, welche internen Konflikte zur Abspaltung des IS von Al-Qaida sowie zur Entstehung zweier Rivalen im globalen Dschihad geführt haben.

Der Band erschien in Zusammenarbeit mit der FES in Jordanien, die englische und arabische Sprachausgabe erhalten Sie über die Friedrich-Ebert-Stiftung.

240 Seiten | 19,90 € | ISBN 978-3-8012-0483-9